

# STÄRKER MIT UNS.

**GUTE ARBEIT.  
STARKE WIRTSCHAFT.  
SOZIALE SICHERHEIT.**

DGB NORD

GESCHÄFTSBERICHT

2021 – 2025

**GESCHÄFTSBERICHT  
DGB NORD 2021 – 2025**



## Wir sagen Danke!

**Gut 300 Ehrenamtliche in 22 Stadt- und Kreisverbänden und in vielen anderen Gremien und Funktionen engagieren sich im DGB Nord für die Themen der Beschäftigten – sie sind das Fundament, auf dem die Arbeit des DGB Nord für die Mitgliedsgewerkschaften steht.**

Die Ehrenamtlichen bringen die Sicht der Beschäftigten vor Ort ein, sie diskutieren

ein. »Gut 100 Kolleginnen und Kollegen sind zur letzten Konferenz gekommen«, freut sich Tobias Klaassen, Bezirksgeschäftsführer, der die Ehrenamtskonferenz organisiert. »Da geht es natürlich auch darum, es sich gemeinsam mal ein bisschen gut gehen zu lassen.«

Auch die Regionen bedanken sich, zum Beispiel in Schleswig-Holstein Südost. Dort treffen sich die Hauptmit den Ehrenamtlichen im Herbst, auch um einen gemeinsamen Blick auf die politischen Schwerpunkte der nächsten anderthalb Jahre zu werfen. »Das ist ein Highlight, das mit viel Kreativität gut in das kommende Jahr einführt und den roten Faden für unsere gemeinsame Arbeit definiert. Da kommen immer mindestens zwei Veranstaltungen dabei raus, die dann zwei oder mehr Kreisverbände gemeinsam organisieren«, sagt die Regionsgeschäftsführerin Melanie Meyer. Bis zu 40 Mitglieder aus den Stadt- und Kreisverbänden kommen dann und diskutieren zusammen die Themenschwerpunkte – etwa, mit welchen Forderungen man die Lokal- und Bundespolitiker\*innen bei der Bundestagswahl konfrontiert.

mit Politiker\*innen, wie zum Beispiel die Kommune endlich wieder günstigen Wohnraum auf den Weg bringen kann und organisieren Demos für den Frieden und gegen die Demokratiefeinde: Die gut 300 Ehrenamtlichen des DGB Nord engagieren sich in vielen Funktionen zu unterschiedlichsten Gewerkschaftsthemen.

»Die Ehrenamtlichen machen den DGB vor Ort sichtbar. Es ist toll, mit wieviel Leidenschaft und Herzblut sie dabei sind.«, sagt Laura Pooth. Dafür bedankt sich der DGB Nord regelmäßig mit einer Ehrenamtskonferenz und lädt sie zum gemeinsamen Reflektieren über die aktuelle Politik, best Practice-Beispiele guter Ehrenamtsarbeit und zum gemütlichen Beisammensein

» Die Ehrenamtlichen machen den DGB vor Ort sichtbar. Es ist toll, mit wieviel Leidenschaft und Herzblut sie dabei sind.

## Inhalt

Wahnsinnig herausfordernd –  
wahnsinnig spannend  
Gespräch mit Laura Pooth. . . . . 2

Tschüss, Ingo: 34 Jahre DGB  
Abschiedsworte an Ingo Schlüter . . . . . 7

Rostock-Schwerin: Region der Kontraste  
Gespräch mit Fabian Scheller. . . . . 8

## Öffentlicher Dienst

Die Tarifabteilung des DGB . . . . . 44  
Der Konzernbetriebsrat  
des öffentlichen Dienstes . . . . . 46  
»Ich warte jetzt draußen auf dich« . . . . . 48

Kiel: Gut verdrahtet  
Gespräch mit Frank Hornschu . . . . . 50

## Gute Arbeit im Norden

Gute Arbeit im Norden . . . . . 14  
Das Jahrhundertprojekt  
auf die Schiene bringen . . . . . 17

Heul doch? Mach doch Druck!  
DGB Nord Jugend . . . . . 20

Zusammenlegung der Arbeits- und  
Sozialgerichte verhindert . . . . . 22  
Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes. . . . . 23  
Europa unterstützt Gute Arbeit . . . . . 24  
Gute Arbeit im Hamburger Fachkräftenetzwerk  
Gewerkschaften im Dialog  
mit Landesregierungen . . . . . 26  
Betriebs- und Personalrätepreis M-V . . . . . 27

Schleswig-Holstein Südost:  
Die Ehrenamtlichen ganz vorne  
Gespräch mit Melanie Meyer . . . . . 28

## Gutes Leben

Ein gutes Leben für alle . . . . . 56  
Mehr anstrengen, um Armut zu verringern . . . . . 59  
Beratungsangebot Psychische Belastung . . . . . 60

Hamburg: Die Metropolregion  
Gespräch mit Tanja Chawla . . . . . 62

## Vielfalt, Demokratie und Frieden

Nie wieder ist jetzt . . . . . 68  
Bildet Banden . . . . . 72  
Gewerkschaften für den Frieden . . . . . 74  
Zeit zu reden . . . . . 76  
Bundesverdienstkreuz für Gewerkschafter . . . . . 76  
DGB Nord international . . . . . 77

Schleswig-Holstein Nordwest:  
Zwischen Westküste und Flensburger Förde  
Gespräch mit Gabi Wegner . . . . . 80

## 1. Mai – Unser Tag

Bilder von Demos und Kundgebungen . . . . . 33

Ost-Mecklenburg-Vorpommern: Herausfordernd  
Gespräch mit Roger Müller. . . . . 38

# Wahnsinnig herausfordernd – wahnsinnig spannend

Unsere Vorsitzende Laura Pooth blickt zurück auf die vergangenen vier Jahre an der Spitze des DGB Nord, verrät ihre Lieblingsorte und in welchem Moment sie gewerkschaftliche Solidarität besonders gespürt hat.



» Nur gemeinsam erreichen wir etwas für alle. Das ist Solidarität.

**Laura, nach vier Jahren beim DGB Nord, hast Du schon Lieblingsorte in unserem Bezirk?**

Oh ja, die habe ich. Aber ihr werdet euch wundern.

**Also nicht Seenplatte, Alster oder Ost- und Nordseeküste? Wir sind gespannt.**

Nein, Torgelow und Brunsbüttel.

**Aha! Das erkläre mal bitte.**

In Torgelow war ich als Rednerin am 1. Mai 2024 zu Gast. Ich wurde gewarnt, es könnte schwierig werden. Es wurde großartig. So viele herzliche Gewerkschafter\*innen. So ein schönes Maifest, ich konnte die gelebte Solidarität sehr stark spüren. Und dann noch die traumhafte Landschaft. Ich war am Abend vorher angereist und noch kurz am Strand. Ich dachte wirklich, ich sei in der Karibik.

**Und was verbindet dich mit Brunsbüttel?**

Da denken viele wahrscheinlich erstmal an Schafe auf dem Deich. Aber da pulsiert das größte zusammenhängende Industriegebiet Schleswig-Holsteins. Ich bin immer wieder gern dort. In den Betrieben, im Austausch mit den Betriebsräten, aber auch mit der Werkleiterrunde. Für mich steht es auch stellvertretend dafür, warum wir uns „Energiebezirk“ nennen.

**Was meinst du damit?**

Wir wollen das große Potenzial heben, das der Norden uns mit Wind, Wasser und Sonne für alternative Energieerzeugung bietet. Und wir wollen, dass unsere Kolleg\*innen davon profitieren. Wir sind diejenigen, die verdeutlichen: Energiewende ist mehr als CO<sub>2</sub>-Reduktion. Energiewende gelingt nur

mit guten, sicheren und tarifgebundenen Arbeitsplätzen und sie muss für alle bezahlbar sein. Das ist eines unserer großen Schwerpunktthemen.

**Dafür warst du politisch viel unterwegs.**

Das sind wir ja sowieso sehr beständig: All die Treffen mit den Ministerpräsident\*innen, der kurze Dienstweg per Telefon oder die Teilnahme an der Konferenz der norddeutschen Länder. Wir haben unser Standing bei der Politik in allen drei Ländern und mir ist ein klares Agenda-Setting wichtig, deshalb freue ich mich, dass es uns gelungen ist, mit einem Statement bei der Energieministerkonferenz im Mai 2025 in Rostock-Warnemünde dabei zu sein.

**Womit wir wieder beim Stichwort Energiewende sind.**

Ich konnte unsere Botschaften dort setzen und sie sind in die anschließende Diskussion eingeflossen. Das war sehr wichtig, ein echter Meilenstein. Daran können wir anknüpfen. Genau wie an die Kooperation mit unseren DGB-Kolleg\*innen im Süden.

**Es gab gemeinsame Pressekonferenzen mit dem DGB Bayern und dem DGB Baden-Württemberg. Warum?**

Zunächst mal sorgt das bei den anderen Playern im Land für Überraschung. Dass wir in Nord und Süd mit geeinten Positionen auftauchen wird stark wahrgenommen. Wir fordern von den Landesregierungen, dass sie über ihre Grenzen hinweg enger zusammenarbeiten sollen, um die Energiewende voranzutreiben. Deswegen zeigen wir das auch im DGB: es darf nicht bloß um Standortpolitik gehen. Nur gemeinsam erreichen wir etwas für alle. Das ist Solidarität.

**Das Thema Energiewende muss aber auch bei unseren Kolleg\*innen in den Betrieben verfangen.**

Deswegen haben wir zum Beispiel in Hamburg und Schleswig-Holstein große Transformationskonferenzen organisiert und das Thema in Mecklenburg-

## » **Energiewende gelingt nur mit guten, sicheren und tarifgebundenen Jobs. Das ist eines unserer großen Schwerpunktthemen.**

Vorpommern als Schwerpunkt bei einer Betriebs- und Personalrätekonferenz gesetzt. Wir wollen verdeutlichen: Die Chancen in der Energiewende lassen sich heben, aber eben nur in Verbindung mit Standort- und Beschäftigungssicherung. Dafür braucht es eine gut abgestimmte norddeutsche Industriepolitik, damit hier niemand Angst um seinen Arbeitsplatz haben muss. Worauf es jetzt ankommt, haben wir auch mit einer eigenen Studie untermauert.

**Welche Themen hat der DGB Nord noch besonders voran getrieben?**

Tarifbindung war ein Schwerpunkt und die Verabschiedung des Tariftreue- und Vergabegesetzes in M-V ein großer Erfolg. Dafür haben wir gemeinsam mit den Gewerkschaften lange gekämpft. Es ist ärgerlich, dass die Landesregierungen in Hamburg und Schleswig-Holstein das nicht auch machen. Da bleiben wir dran, genau wie beim Thema Investitionen.

**Was ist da der Fokus?**

Wir sehen ja alle, was für Bedarfe es gibt: Ob zum Beispiel bei der Gesundheitsversorgung, der Bildung, der inneren Sicherheit, der Infrastruktur, beim Klimaschutz oder Wohnungsbau. Für Schleswig-Holstein haben wir das durch Wissenschaftler\*innen ermitteln lassen. Die sind 2022 auf 16,7 Milliarden Euro gekommen, die bis 2030 nur für diese Bereiche notwendig wären.

**Was ist unsere Rolle dabei?**

Es ist gut, dass die Bundesregierung mehr Investitionen möglich gemacht hat. Jetzt müssen wir darauf achten, dass das Geld an den richtigen Stellen ankommt. Und zwar genug! In den Ländern und Kommunen muss sich spürbar etwas für die Menschen verbessern. Das ist auch dringend nötig, um unsere Demokratie zu stärken.

**Müssen wir uns um die Sorgen machen?**

Im Herbst 2026 sind in Mecklenburg-Vorpommern Landtagswahlen und wir haben alle noch vor Augen, wie sich die Wahlkreise bei der Bundestagswahl dort alle blau eingefärbt haben. Meine Kolleg\*innen berichten mir, dass sie dort zu Veranstaltungen nur noch mindestens zu zweit unterwegs sind, um sich zu schützen. CSD-Paraden werden angegriffen, Projekte stehen vor einer unsicheren Finanzierung. Ja, wir müssen uns Sorgen machen und nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern. Aber wir müssen vor allem zeigen, dass wir bessere Ideen haben als die von Rechtsaußen.

**Was macht dir Mut?**

Schauen wir zurück auf die großen Demonstrationen in den vergangenen Jahren überall in unserem Bezirk. Nicht nur in den Städten, auch in kleinen Orten. Oder wieviele Kolleg\*innen an unserem Ratschlag gegen Rechts jedes Jahr teilnehmen. Aber egal ob im Betrieb, in der Gewerkschaft, im Haupt- oder Ehrenamt: Wir alle sind konfrontiert mit neuen Situationen, für die wir uns wappnen müssen.

**Hast du ein Beispiel?**

Als in Kiel ein AfD-Vertreter bei der Verleihung unseres Mitbestimmungspreises aufkreuzte. Wie gehen wir damit um? Es ist enorm wichtig, dass wir zu solchen Fragen in stetigem Austausch bleiben und uns beraten lassen. Das tun wir im Bezirk auf allen Ebenen. Wir müssen aufmerksam sein, uns unterstützen und unsere Stärke einer großen, solidarischen Organisation ausspielen.

**Du bist als Vorsitzende der GEW aus Niedersachsen zum DGB Nord gekommen. Eine große Umstellung?**

Auf jeden Fall. Was in unseren drei Bundesländern alles drin steckt: Drei unterschiedliche Farbkombinationen in der Regierung, die Metropolregion Hamburg mit einem großen Dienstleistungssektor, viel ländliches Gebiet in M-V und S-H, Industrie, Tourismus – so viele Felder, in denen wir aktiv sind. Das war und ist wahnsinnig herausfordernd, aber auch wahnsinnig spannend. Und da habe ich Stichworte aus meiner Amtszeit wie Corona, Ukraine-Krieg und Energiepreis-Krise ja noch gar nicht genannt.

**Was hilft dir dabei, mit solchen Herausforderungen umzugehen?**

Vor allem natürlich die Unterstützung meines Teams im Bezirk, der Kolleg\*innen in den Regionen und Gewerkschaften und von den vielen Ehrenamtlichen.

**Gab es Momente, in denen du das besonders gespürt hast?**

Neben den vielen neuen Herausforderungen beim DGB wurde ich auch gleich zu Beginn als Landesrundfunkratsvorsitzende beim NDR mit einer Krise konfrontiert. Es ging um Vorwürfe einer nicht ausgewogenen Berichterstattung. Ich habe dazu auch viele Gespräche mit den Gewerkschaftsspitzen geführt. Und die haben mir den Rücken gestärkt, indem sie beispielsweise sagten: Wie auch immer du entscheidest, wir tragen deine Entscheidung mit. Oder: Tausende Gewerkschafter\*innen stehen hinter dir. Da war das großartige Gefühl: Egal, was kommt, ich muss da nicht alleine durch. Und genauso geht es mir im Team mit euch. Ihr seid die Säule meiner Arbeit. Eine Vorsitzende kann nur so gut sein wie das Team, das sie hat. Und ich fühle mich von euch getragen.

**Danke für das Interview, Laura Pooth.**



# Tschüss, Ingo

34 Jahre DGB – zuerst bei der Jugend, dann als Abteilungsleiter Berufliche Bildung und seit 1999 als stellvertretender Vorsitzender im Bezirk Nord und Leiter der Landesvertretung Mecklenburg-Vorpommern. Wir verabschieden Ingo Schlüter in den wohlverdienten Ruhestand.



» Musik und Gewerkschaften. Niemand steht mehr für diese beiden Aufgaben und Hobbys als Ingo. Und nicht nur die guten Verbindungen zur Vertretung von den Arbeitnehmer\*inneninteressen unserer Kolleg\*innen, insbesondere in den Landesausschüssen für Berufliche Bildung und der Politik, sondern auch die vielen Gespräche über Musik, Gitarren und Bässe werde ich vermissen. Mach es gut Pingo Ingo und weiterhin viel Erfolg und Rock'n'Roll!

Finn (Bass) Petersen, Landesbezirksvorsitzender NGG Nord

» Ingo Schlüter war »Die Gewerkschaft« im politischen Schwerin: Immer zuverlässig, erreichbar und stets mit Ohr auch für die Themen und Anliegen der IG BCE. Sein Meisterwerk ist die Job Parade in Schwerin. Diese Parade, abgeleitet von der Loveparade, bleibt einer Generation von heute aktiven Gewerkschafter\*innen im Gedächtnis. Für die IG BCE ist das Thema Wirtschaftsförderung wichtig. Ingo setzte sich erfolgreich dafür ein, dass die Höhe der Wirtschaftsförderung an tarifliche Arbeitsbedingungen gekoppelt ist. »Gutes Geld des Landes gibt es nur für gute Arbeitsbedingungen.« Dieses Credo ist und bleibt hoch aktuell. Danke, lieber Ingo, für stets verlässliche, kollegiale und erfolgreiche Zusammenarbeit!



Stephanie Albrecht-Suliak,  
Landesbezirksleiterin  
IG BCE Nordost



» Ingo Schlüter war in den vergangenen Jahrzehnten das Gesicht und die Stimme des DGB in Mecklenburg-Vorpommern. Ich habe die Zusammenarbeit mit ihm immer sehr geschätzt. Ingo Schlüter ist ehrlich, verlässlich, geradlinig und hat sich mit ganzer Kraft für Ausbildungs- und Arbeitsplätze, gute Löhne und Arbeitnehmerrechte eingesetzt. Besonders beeindruckt hat mich sein Engagement für die Demokratie und eine vielfältige Gesellschaft. Ich danke ihm für die sehr gute Zusammenarbeit und wünsche ihm alles Gute.«

Manuela Schwesig, Ministerpräsidentin Mecklenburg-Vorpommern



» Nie älter geworden, immer unter Dampf. Gestern noch Vater der Jobparade, heute der Spin-Doktor der Ministerpräsidentin, nicht nur, wenn es um Gute Arbeit geht. Viel bewegt! Vielen Dank, Ingo!»

Daniel Friedrich,  
Bezirksleiter IG Metall Küste



» Sang- und klanglos – das entspricht nicht deinem Naturell! Wie gut. Du hast schon früh die subjektive Arbeitnehmerinteressenvertretung inhaliert. Dich zeichnet der konsequente Glaube an eine soziale Gerechtigkeit und die jederzeitige Möglichkeit, auch einvernehmlich Lösungen erzielen zu können, aus. Wir erinnern uns gern an viele kritisch-politische und solidarische Auseinandersetzungen und daraus gewonnene, bleibenden Erkenntnisse. In diesem Sinne: ein großer Dank für eine schöne Zeit und deinen wesentlichen Beitrag für ein sozial-gerechtes, antifaschistisches und friedlich-multikulturelles Miteinander!«

Susanne Schöttke,  
Landesbezirksleiterin ver.di Nord



» Ingo: Ich lese keine Anhänge. Bitte schreib mir das in zwei Sätzen zusammen!«

Anke Brauer,  
Geschäftsstellenleiterin  
EVG



» Es sind nicht die Jahre deines Lebens, die zählen. Was zählt, ist das Leben innerhalb der Jahre! (Abraham Lincoln)

Dirk Johne,  
Regionalleiter Nord der IG BAU



## Region der Kontraste

Vier Kolleg\*innen betreuen die maritim geprägte Region an den Standorten Rostock und Schwerin – Demografie, Fachkräftemangel und starkes Engagement gegen rechts prägen die Arbeit des Teams um Fabian Scheller.

### »In einem Satz«

Wir sind eine große, dünn besiedelte Region mit sehr spannenden Städten, einer kleinteiligen Wirtschaftsstruktur, extrem vielseitig, schön und manchmal auch sehr herausfordernd.

» Demokratie heißt  
Gesellschaft zusammen  
zu machen.

### Fabian, Werften und Tourismus sind das Rückgrat der Wirtschaft in eurer Region, oder?

Fabian Scheller: Ja. Aber auch gute Arbeitsplätze rund um die Offshore-Energieerzeugung, in der Lebensmittelindustrie oder in einzelnen global agierenden Unternehmen zählen dazu. Generell ist die Region eher kleinteilig aufgestellt.

### Vor welchen Herausforderungen stehen die Unternehmen?

Die Betriebe haben einen überdurchschnittlich hohen Fachkräftebedarf. Der demografische Wandel trifft Teile unserer Region schon jetzt besonders hart und verstärkt sich in den nächsten Jahren noch weiter. Gleichzeitig kämpfen wir in vielen Bereichen immer noch um die Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse.

### Demografie als Herausforderung steht also weit oben auf der Liste.

Auf jeden Fall. Das ist auch ein großes Thema für die Kolleg\*innen in den Gewerkschaften, natürlich auch in der Mitgliederwerbung. Die müssen mit sehr wenigen Kolleg\*innen einen krassen Job machen. Hinzukommt, dass die kleinteilige Betriebsstruktur sehr herausfordernd ist. Die Gewerkschaftssekretär\*innen vor Ort sind aber sehr kämpferisch unterwegs und bewegen viel. Das überträgt sich auf die Betriebe, die Beschäftigten wehren sich wieder stärker und akzeptieren schlechte Arbeitsbedingungen nicht mehr so einfach.



### Eure Themen liegen aber auch außerhalb der Betriebe, richtig?

Attraktive Arbeitsplätze haben viel mit guten Lebensbedingungen zu tun. Die sind aber oft nicht so toll. Wo es schön ist, sind oft Ferien- statt Mietwohnungen, und in der Unistadt Rostock gibt es kaum Wohnungen. Auf dem Land ist der ÖPNV oft nur rudimentär vorhanden. Bezahlbarer Wohnraum und bessere Mobilitätskonzepte sind zwei Themen, die wir gemeinsam mit unseren Bündnispartnern immer wieder an die Politik herantragen und öffentlich thematisieren, gern auch gemeinsam mit den benachbarten DGB-Regionen.

### Was ist euer wichtigstes Thema?

Ganz klar, die Demokratie zu stärken. Die AfD ist in der Region sehr präsent, in der Öffentlichkeit, in den Kreistagen und Parlamenten. Aber auch in den Betrieben erleben unsere Kolleginnen und Kollegen, dass menschenverachtende Einstellungen zunehmen. Deshalb unterstützen wir unsere Kolleg\*innen dabei, dem etwas entgegenzusetzen.

### Wie stellt ihr euch da strategisch auf?

Uns ist es wichtig klar zu benennen, dass wir Gewerkschaften für ein weltoffenes und tolerantes Miteinander stehen und gemeinsam für gute Arbeit kämpfen. Wir klären darüber auf, wie arbeitnehmer\*innenfeindlich und unsozialistisch die AfD agiert. Es macht wenig Sinn, sich an ihr abzuarbeiten. Alle wissen, wie menschenverachtend und gefährlich die sind. Die AfD-Wähler haben oft auch kein Wissensdefizit, die wissen ganz genau, was sie tun. Für uns steht daher ganz klar im Vordergrund, die Leute zu empowern, die Bock haben, sich für eine demokratische, tolerante und vielfältige

Gesellschaft zu engagieren. Unsere Region ist ja trotz denen bunt und vielfältig.

### Also Bündnisarbeit, Initiativen unterstützen, Argumentationshilfen erstellen.

Genau. Unser Schwerpunkt liegt darin, dass wir uns in Bündnissen engagieren und auch neue schmieden. Wir unterstützen Demos gegen Naziaufmärsche, wir zeigen selber Flagge, zum Beispiel mit unserem Event »Mit Gitarre und Bass gegen Hetze und Hass«, wir sind auf den CSDs in Rostock und Schwerin und wir bringen unsere Themen wie gute Arbeitsplätze und bezahlbaren Wohnraum nach vorne. Demokratie heißt, Gesellschaft gemeinsam machen.

### Wie funktioniert das?

Wir finden, es klappt gut. Die bezirkliche Aktion »Demokratiebotschafter\*in« zum Beispiel war bei uns vor Ort sehr erfolgreich. Da haben sich viele Politiker\*innen und Betriebsräte in der Region engagiert. Und wir sehen das auch an der Zahl der Leute, die was machen. Normalerweise sind bei der Demo am ersten Mai mit der DGB-Jugend gute hundert Leute in Rostock, beim letzten Mal waren wir 500.



**Die Beschäftigten wehren sich wieder stärker und akzeptieren schlechte Arbeitsbedingungen nicht mehr so einfach.**

### Was macht ihr in Sachen Guter Arbeit?

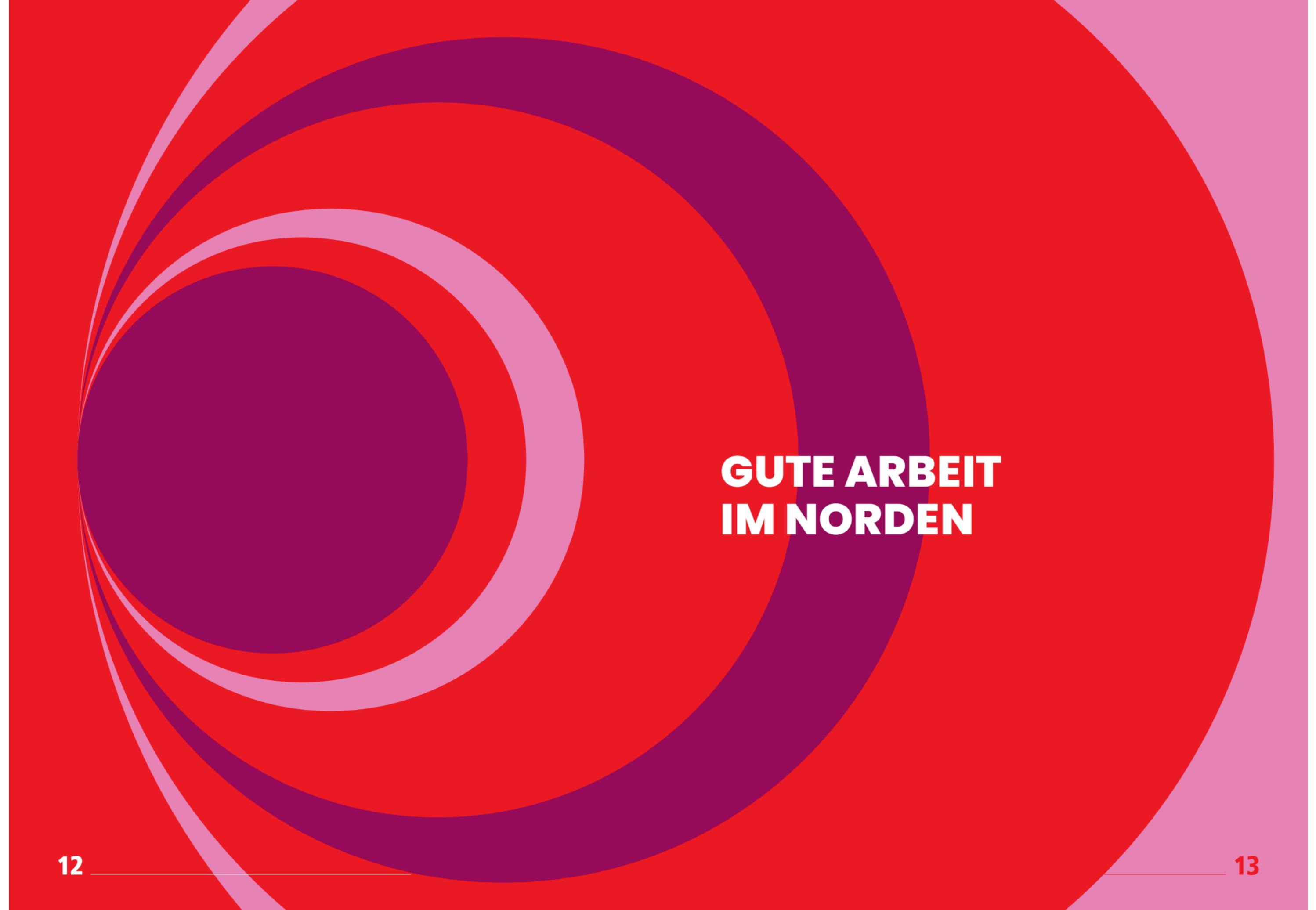
Mit 44 Prozent der Beschäftigten ist die Tarifbindung deutlich zu niedrig. Wir unterstützen unsere Mitgliedsgewerkschaften daher sehr aktiv in ihren Tarifaufeinandersetzungen, der DGB ist dabei, auch mal mit dem Frittenmobil. Wo ich kann, da rede ich auf Kundgebungen. Wir haben auch die Diskussion und den Gesetzgebungsprozess für das neue Vergabegesetz in Mecklenburg-Vorpommern vor Ort kräftig begleitet und waren als DGB in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt erfolgreich. Seit dem 30. April haben wir nun endlich ein Vergabegesetz. Es ist ein extrem wichtiges Zeichen in Mecklenburg-Vorpommern, dass wir unser Steuer-geld zumindest hier im Bundesland nicht mehr für Billigheimer ausgeben.

### Was war euer wichtigster Erfolg?

Wir haben die Landesregierung davon überzeugen können, einen landesweiten Betriebsrätepreis auszuschreiben, das ist sogar Teil des Koalitionsvertrages. Die Landesregierung will zeigen, was für einen guten Job Betriebs- und Personalratsvorsitzende machen. Gemeinsam mit Vertreter\*innen der Wissenschaft, der Landesregierung und der Gewerkschaften sitze ich in der Jury. Sehr schön sind auch die Betriebs- und Personalrätekonferenzen mit bis zu 80 Teilnehmenden, die wir gemeinsam mit der Region Ost-Mecklenburg-Vorpommern organisieren. Und zwei Veranstaltungen fallen mir noch ein: Unser jährliches Musikevent gegen rechts »Solidarity reloaded« am 30. April sowie die Demonstration, die wir 2024 aufgrund der Potsdamer Massenabschiebetagung der AfD mitorganisiert haben. Da kamen 10.000 Menschen auf den Rostocker Markt, das war die größte Rostocker Demonstration seit der Wende. Das war Gänsehaut pur.

Danke für das Interview, Fabian Scheller.





**GUTE ARBEIT  
IM NORDEN**

## Gute Arbeit im Norden

Tarifbindung und Tariftreue, Fachkräftesicherung, erreichbare Arbeitsgerichte und faire Arbeitszeiten – Gute Arbeit ist der Schwerpunkt des DGB Nord.



Wer Dinge ändern will, braucht Rückenwind und einen langen Atem. Etwa bei der so selbstverständlichen Frage, dass öffentliche Gelder nicht in Billiglöhne und Dumping-Unternehmen fließen dürfen. Nicht alle Bundesländer orientieren sich an eigenen, guten Tariftreuegesetzen, auch nicht im Norden.

Doch um miteinander zu reden, braucht es manchmal nicht viel. »Wir geben eine Runde Pommes aus«, reicht da schon, um mit Beschäftigten, Politik und Presse vor dem DGB-Frittenmobil ins Gespräch zu kommen – so im Herbst 2024 vor dem Kieler Landtag mit Ministerpräsident Daniel Günther, mehreren Minister\*innen und den Parlamentarier\*innen. Oder vor dem Asklepios-Krankenhaus in Heide, bei Kölln-Müslü in Elmshorn und Hanse Yacht in Greifswald, bei

Liebherr in Rostock oder vor dem Helios Krankenhaus in Schwerin.

Arbeiteten Anfang der Nuller Jahre noch 70 Prozent der Beschäftigten im Norden tarifgebunden, sind es heute zum Beispiel in Schleswig-Holstein nur noch 56 Prozent. Dort weigert sich die Landesregierung weiterhin, mit einem guten Tariftreuegesetz als Vorbild und Ansporn für die anderen Betriebe im Land voranzugehen. Doch auch hier bröckelt der politische Widerstand.

In Kiel ist es DGB-Regionsgeschäftsführer Frank Hornschu und seinem Team mit viel Beharrlichkeit, sehr langem Atem und der Unterstützung der jeweiligen Mitgliedsgewerkschaften gelungen, nicht



» Wir geben eine Runde Pommes aus! So kommen Beschäftigte, Politik und Presse an unserem Frittenmobil ins Gespräch.



tarifgebundene öffentliche Unternehmen wie etwa den Reinigungsdienst des Rathauses wieder in den TVöD zurückzuführen – gegen den Willen der Stadtregierung. Denn der DGB in der Region hat die Mehrheit im Kieler Stadtparlament von den fairen Arbeitsbedingungen überzeugen können, ein gutes Signal auch für den Rest Schleswig-Holsteins. »Wenn das Land schon nicht aus den Puschen kommt, müssen

» Der DGB hat die Mehrheit im Kieler Stadtparlament von den fairen Arbeitsbedingungen überzeugen können, ein gutes Signal auch für den Rest des Landes.

es eben die Kommunen tun«, sagt der heutige Ruhestandler. Auf Initiative der Region hat die Stadt Kiel den Beschluss gefasst, dass die Verwaltung prüfen soll, wie Tarifbindung in ihren Gesellschaften umgesetzt werden kann. Das Kieler Modell gilt bundesweit im DGB nun als Vorzeigeprojekt für andere Regionen, um Tariftreueregulungen in den Kommunen voranzutreiben.



Meilensteine

2022

- Aktion für ein Tariftreugesetz in Schleswig-Holstein anlässlich der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages von Schwarz-Grün in Kiel

2023

- In Mecklenburg-Vorpommern wird die Einführung des Tariftreugesetzes beschlossen.

2024

- »Tarifwende-Herbst« mit zahlreichen Aktionen. Das Frittenmobil geht im Bezirk erstmals auf Tour.

2025

- Fortsetzung der Tarifwende-Kampagne zusammen mit den Gewerkschaften und zweite Tour des Frittenmobils durch alle drei Bundesländer.

In Hamburg hat der DGB durch das Bohren dicker Bretter erreicht, dass sich die rot-grüne Landesregierung im Koalitionsvertrag für eine höhere Tarifbindung in der Stadt stark machen will. Auf ein Tariftreugesetz warten die Hamburger\*innen allerdings nach wie vor.

Mecklenburg-Vorpommern ist im Norden am weitesten. Dort ist die rot-rote Landesregierung der Forderung des DGB nach einem landeseigenen Tariftreugesetz gefolgt und hat mit einem Stundenlohn von 13,98 Euro sogar einen eigenen Mindestlohn bei der Abarbeitung von öffentlichen Aufträgen eingeführt, der deutlich über dem allgemeinen Mindestlohn liegt.

Das Jahrhundertprojekt auf die Schiene bringen

Die Transformation entscheidet sich vor allem auch in Norddeutschland mit seinen Energie- und Industriestandorten. Der DGB Nord entwickelt das Jahrhundertprojekt mit – mit Studien, Konferenzen und Lobbyarbeit für gute Arbeit in einer gelingenden Transformation, damit die Interessen der Beschäftigten nicht unberücksichtigt bleiben.

» Wenn wir es in Norddeutschland nicht schaffen, dann wird die sozialökologische Transformation kein Erfolgsmodell werden«

»Stark im Wandel, stark in Arbeit, stark im Norden«: Ein Workshop unter diesem Titel mit den Mitgliedsgewerkschaften im Februar 2022 in Kiel war der Startpunkt. Heute, eine industriepolitische Studie, mehrere Transformationskonferenzen und diverse, teils sehr hochkarätige Veranstaltungen und Politikdialoge später, kann der DGB Nord selbstbewusst sagen: Transformation sehen wir uns aus allen Perspektiven an, analysieren und machen auf die wichtigsten Handlungsfelder aufmerksam. Wir stehen dafür, dass Klimaschutz und die Sicherung Guter Arbeit gleichzeitig gelingen.



Es geht um viel, um sehr viel. Denn in der Diskussion geht oft unter: Die Beschäftigten sind es, die die Energiewende mit umsetzen und die Auswirkungen spüren. Deswegen müssen sie im Prozess auch angemessen beteiligt und gehört werden.

»Wenn wir es in Norddeutschland nicht schaffen, dann wird die sozialökologische Transformation kein Erfolgsmodell werden«, ist sich Heiko Gröpler sicher. Das ist die schlechte Nachricht. Die Gute: »Es ist alles da, was wir brauchen«, so der Abteilungsleiter für Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik im DGB Nord weiter. Ob grüne Energieerzeugung on- und offshore in und an Nord- und Ostsee, bedeutende Speichermöglichkeiten, energieintensive Grundstoffindustrien mit enormem Energiehunger zum Beispiel an der Westküste oder in Hamburg – Norddeutschland bietet sich als Modellregion für neue Energielösungen an.

Den Großteil der Rahmenbedingungen, etwa die Klimaziele, den Strompreis oder die Netzentgelte, geben Berlin und Brüssel vor. Aber über Umspannwerke, regionale Netzanschlüsse,

Ladesäulen, Energiespeicher, die Investitionen in Elektrobusse oder die Infrastruktur vor Ort entscheiden die Akteur\*innen in den Landesregierungen und Kommunen vor Ort, zum Beispiel in den Stadtwerken. »Die Stadtwerke müssen kräftig investieren. Die brauchen Eigenkapital, damit sie Fremdkapital aufnehmen können. Da ist es gut, dass sich auch der DGB Nord in Berlin für die Aufhebung der Schuldenbremse und massive Investitionen stark gemacht hat.« Das Gleiche gilt für die Netze: »Das heutige Stromnetz ist über die letzten 200 Jahre nach und nach gewachsen, jetzt modernisieren wir es in nur zwei Jahrzehnten für die nächsten hundert Jahre. Dafür brauchen wir eine langfristig angelegte Finanzierung, die den Unternehmen Luft zum Atmen lässt«, so Heiko Gröpler weiter.

Es geht auch um neue Geschäftsmodelle an der Schnittstelle von Energieerzeugung und Industrieproduktion, die dem Norden mehr Wertschöpfung und gut bezahlte Arbeitsplätze für die kommenden Jahrzehnte sichern können, zum Beispiel große Konverter-Plattformen für die Offshore-Märkte der Welt

oder neue Speicherlösungen. »Dafür brauchen wir eine gerechte Transformation, just transition genannt, die auf den Dreiklang von Ökonomie, Ökologie und Soziales fokussiert.«

Der ganze Norden, so hat es auch die OECD analysiert, könnte dafür Modellregion sein – und muss dabei im Blick haben, dass viele Industrieanlagen, die heute am Netz sind, vor allem in den Sechzigern und Siebzigern des vergangenen Jahrhunderts entstanden und dementsprechend veraltet sind.

In diesem Mammutprojekt sieht sich der DGB Nord als Schnittstelle, als Mittler zwischen den konkurrierenden Bundesländern, als Knowhow-Lieferant für die Betriebs- und Personalräte in der Diskussion mit ihren Geschäftsleitungen, als Lobbyist für just transition im Dialog mit Politik und Unternehmen.

»Das wird der Markt nicht alleine stemmen und auch die Politik nicht. Das geht nur, wenn wir alle zusammen die Herausforderungen erkennen und gemeinsam gute Rahmenbedingungen für alle schaffen«, so Heiko Gröpler.

»Das wird der Markt nicht alleine stemmen und auch die Politik nicht, das geht nur, wenn wir alle zusammen die Herausforderungen erkennen und gemeinsam gute Rahmenbedingungen für alle schaffen«



## Meilensteine der DGB-Jugend Nord

### 2022

- Delegationsreise DGB-Jugend nach Israel
- Kandidierendengrillen & Wahlsynopse aus Jugendsicht zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein
- Demo in Erinnerung an 30 Jahre Rostock-Lichtenhagen

### 2023

- Ausbildungsreport Mecklenburg-Vorpommern
- Gedenken & Erinnern: Besuch des Konzentrationslagers Neuengamme, Stadtrundgang Barmbek, Gedenken vor dem Gewerkschaftshaus und in Neuengamme, Stolpersteine putzen
- CSD mit der IGay BAU in Hamburg

### 2024

- Der DGB-Landesjugendausschusses Mecklenburg-Vorpommern gründet sich im Juli
- Demos gegen rechts in allen drei Bundesländern, gegen AfD-Parteitage in Essen, Magdeburg und Riesa, Lauf gegen rechts in Hamburg, Jamel rockt den Förster
- Erster CSD in Wismar
- Ausbildungsreport Hamburg
- Gedenken an Mehmet Turgut
- Gedenken an die Schiffskatastrophe der Cap Arcona

### 2025

- Bundestagswahlkampagne in allen drei Bundesländern
- Ausbildungsreport Schleswig-Holstein
- Schirmherrschaft Berufsschultour in Mecklenburg-Vorpommern mit Manuela Schwesig
- Bezirksjugendkonferenz

### Jährliche Meilensteine

- Berufsschultour, eigene Teamendenausbildung (2022, 2023), neuer Bus 2025
- Jugendbündnisse am 1. Mai: Jugendblöcke auf den 1. Mai-Demos in Kiel und Hamburg, in Rostock eigene Jugenddemo
- Studierendearbeit: Hochschulgruppen (Neugründungen in Hamburg, Stralsund), Seminare, TV Stud Unterstützung, Filmabende, Begrüßungstage an den Hochschulen, Fortbildungen zu Arbeits- & Sozialrechtsberatung, Campus Office in Rostock
- Bildungsarbeit: Segelseminare DGB-Jugend Hamburg, Aktivenseminare Schleswig-Holstein



## Heul doch? Mach doch Druck!

**In allen drei norddeutschen Bundesländern gehen die Ausbildungszahlen drastisch zurück. Die DGB-Jugend hält dagegen – mit Ausbildungsreporten, in den Berufsschulen und Kampagnen für mehr und bessere Ausbildungsplätze.**

Ende März 2023 knallen in den DGB-Jugendausschüssen bundesweit die Sektorkorken. Nach vielen Jahren beharrlicher Lobbyarbeit in den Regionen und in Berlin beschließt die damalige Bundesregierung endlich den Einstieg in die Ausbildungsplatzgarantie. »Ein Riesenerfolg«, sagt Wiebke Oetken, die DGB-Bezirksjugendsekretärin. »Das hat uns gezeigt, wie schlagkräftig wir als DGB-Jugend sein können.« Schließlich hatte ein Großteil der DGB-Forderungen noch Eintritt in das Gesetz gefunden, das ein erster Schritt, eine Art Ausbildungsplatzgarantie light, ist.

Doch leider greift das Gesetz in seiner jetzigen Ausgestaltung in keinem der drei nördlichen Bundesländer und insgesamt auch in der gesamten Bundesrepublik nur sehr wenig. Aber: »Das Thema ist gesetzt und wir wollen jetzt umlagefinanzierte

Ausbildungsfonds auf Landesebene, um eine echte Ausbildungsplatzgarantie umzusetzen,« so Oetken.

Die Realität für eine gute Ausbildung auf dem Weg in ein gutes Berufsleben sieht auch im Norden oft bitter aus: 2024 waren in Mecklenburg-Vorpommern 450 Ausbildungsplätze weniger gemeldet als im Vorjahr, in Schleswig-Holstein 1.300 weniger und in Hamburg bilden lediglich 15,5 Prozent der Betriebe überhaupt noch aus. »In allen drei Bundesländern finden immer noch viel zu viele Jugendliche keinen guten Einstieg in das Berufsleben«, sagt Wiebke Oetken. Dabei ist es für junge Erwachsene schon schwer genug: Corona, das Erstarken rechter Kräfte, Krieg und Inflation nagen am Selbstbewusstsein junger Menschen.

In den Ausbildungsreporten in allen drei Bundesländern, interviewt der DGB etwa 3.500 Auszubildende aus unterschiedlichsten Ausbildungsberufen und Branchen. »In mitbestimmten Betrieben sind die gesetzlichen und tariflichen Vorgaben nicht nur deutlich besser umgesetzt, auch die Ausbildungsqualität ist dort insgesamt höher«, sagt Wiebke Oetken. »Aber leider müssen wir auch feststellen, dass die Bedingungen in einzelnen Ausbildungsbetrieben

skandalös sind.« Das Medienecho ist dann dementisprechend oft hoch.

In den Berufsschulen im Norden engagieren sich gut 50 junge Aktive aus den Mitgliedsgewerkschaften sechs Wochen an ausgewählten Standorten, um potenzielle neue Mitglieder anzusprechen. »Das ist unser größtes Projekt, da setzen wir am meisten Ressourcen ein«, sagt Oetken. So hat die DGB-Jugend Nord von 2021 bis 2025 mit gut 500 Projekttagen über 13.000 Auszubildende erreicht und zusätzlich unzählige Gespräche auf dem Schulhof geführt.

Der Austausch auf Augenhöhe lohnt sich, auch für die Auszubildenden: In den mehrstündigen Infoveranstaltungen in den Klassen lernen sie ihre Rechte kennen, verstehen, was ein Tarifvertrag und der Interessensgegensatz zwischen Arbeitgeber\*innen und Arbeitnehmer\*innen sind. »Und sie haben verstanden, wie der Reichtum in unserer Gesellschaft zustande kommt und wie sie sich gemeinsam mit den Gewerkschaften für mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft und im Arbeitsleben stark machen können.«, so Wiebke Oetken weiter.





## Zusammenlegung der Arbeits- und Sozialgerichte verhindert

**Ein wichtiger Erfolg:** In einem breiten Bündnis aus Gewerkschaften, Anwalts-, Richter- und Sozialverbänden hat der DGB Nord verhindern können, dass die schleswig-holsteinische Landesregierung die vorhandenen Arbeits- und Sozialgerichte schließt und an einem Standort zentralisiert. Hätte die Landesregierung weiterhin auf ihrem Kabinettsbeschluss beharrt, hätten Beschäftigte es künftig schwerer gehabt, sich vor einem Arbeitsgericht gegen den Arbeitgeber zur Wehr zu setzen – lange Wege sind auch für die Ratsuchenden in den Sozialgerichten, die oft krank oder schwerbehindert sind, eine kräftige zusätzliche Hürde, um Recht zu bekommen.

Aber auch der Großteil der etwa tausend ehrenamtlichen Richter\*innen wäre mit zusätzlichen Fahrten belastet gewesen. Viele hätten das Ehrenamt aufgrund des erheblichen höheren Zeitaufwandes vielleicht gar nicht mehr weiter ausgeübt.



» Unser gemeinsamer Protest hat gewirkt. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass der Zugang zum Recht für alle Menschen gewahrt bleibt.



## Initiative zur Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes vorerst gestoppt

Gewerkschafter\*innen kennen die Belastungen für Beschäftigte durch überlange Arbeitszeiten in der Regel sehr gut – Politiker\*innen anscheinend nicht immer: Mit einem parlamentarischen Abend im Kieler Landtag, einer Social Media-Kampagne und zahlreichen Hintergrundgesprächen

hat sich der DGB Nord gegen die Pläne der schleswig-holsteinischen Landesregierung für eine Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes zur Wehr gesetzt. Beim parlamentarischen Abend informierten zahlreiche Betriebs- und Personalräte die anwesenden Parlamentarier\*innen darüber, was eine zusätzliche

Belastung für viele Beschäftigte bedeutet und dass es jetzt schon zahlreiche Ausnahmen vom 8-Stunden-Tag und vielfältige betriebliche Arbeitszeitmodelle gibt. Eine generelle Abschaffung der Tageshöchstleistungszeitgrenzen würde aber auf kräftigen Widerstand seitens der Gewerkschaften stoßen.

Inzwischen ist das Thema auf Landesebene vom Tisch, aber die Bundesregierung hat sich dem angenommen. Wir werden uns weiter mit aller Macht für den Erhalt des 8-Stunden-Tages und gegen die Pläne zur Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes einsetzen.

» Wir Gewerkschaften haben den 8-Stunden-Tag erkämpft und werden ihn uns nicht kampflos nehmen lassen.



## Auch Europa unterstützt Gute Arbeit

Seit 20 Jahren entscheiden DGB-Vertreter\*innen über die Verwendung der Mittel aus der EU für Soziales, die regionale Entwicklung und den ländlichen Raum in Mecklenburg-Vorpommern mit. Hierfür erhalten sie weiterhin eine finanzielle Unterstützung durch die EU und das Land MV. Der DGB Nord hat die Aspekte Guter Arbeit immer stärker in den Fokus rücken können. Mit der Verabschiedung der Charta der Grundrechte im Jahr 2021 sind Kriterien eingezogen, die in dem Grundsatz 5 Gute und Faire Arbeitsbedingungen und die Unterbindung prekärer Beschäftigungsformen fordert.

### DGB Nord ist wichtige Stimme

»Alle Unternehmen, die Fördermittel beantragen, müssen die Charta der Grundrechte auf europäischer Ebene unterschreiben«, sagt Doris Schröder, die als Vertreterin des DGB Nord in den entsprechenden Ausschüssen mitwirkt. »Wer Tarifverträge oder Betriebsräte be- oder sogar verhindert, bekommt keine Fördermittel oder muss dann vielleicht erhaltene Mittel wieder zurückzahlen.« Zukunftsweisend ist die Transformations-Richtlinie, die insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen und ihre Belegschaft bei der Bewältigung des Wandels unterstützen soll. Der DGB hat die Grundlagen für die Richtlinie

und den Ideenwettbewerb mitgestaltet und ist mit beratender Stimme in der Jury für die Auswahl der Projekte beteiligt.

### Wir haben viel erreicht

Das Netzwerk für Demokratie und Courage, das Beratungsprojekt Correct!, das Arbeitsmigrant\*innen, die aus diversen europäischen Ländern nach Mecklenburg-Vorpommern kommen, muttersprachlich zu arbeitsrechtlichen Mindeststandards berät, die Landeskoordination für den Boy`s und Girl`s Day, mv works oder das Berufswahlsiegel: All diese Projekte finanziert ESF Plus.

»Als DGB-Vertreter\*innen entscheiden wir die EU-Programme ESF und EFRE und die Richtlinien, nach denen die Fördermittel verteilt werden, mit. Die Einbindung in diesem Ausmaß ist bundesweit einzigartig«, sagt Lisanne Straka, die den DGB Nord in den EU-Fonds repräsentiert. »Ein schöner Erfolg ist, dass sich die Bezahlung der Projektmitarbeitenden durch die Erhöhung einer Pauschale deutlich verbessert hat.«

»Als DGB-Vertreter\*innen entscheiden wir die EU-Programme ESF und EFRE und die Richtlinien, nach denen die Fördermittel verteilt werden, mit. Die Einbindung in diesem Ausmaß ist bundesweit einzigartig.«



## Gute Arbeit im Hamburger Fachkräftenetzwerk

Attraktive Arbeit, Ausbildung, berufliche Weiterbildung, Erwerbsbeteiligung erhöhen und Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund: Das sind die fünf Handlungsfelder, die der DGB Hamburg gemeinsam mit den Sozialpartnern, den zuständigen Behörden, der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter und dem Hamburger Institut für berufliche Bildung für die neue Hamburger Fachkräftestrategie im Rahmen des Hamburger Fachkräftenetzwerks entwickelt hat. »Das war eine sehr gute Gelegenheit, unsere gewerkschaftlichen Vorstellungen von guter Arbeit wie Tarifbindung, Entgelttransparenz, Lohn-gerechtigkeit oder Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflegearbeit zu thematisieren und in der Fachkräftestrategie

festzuschreiben«, sagt die Hamburger DGB-Vorsitzende Tanja Chawla.

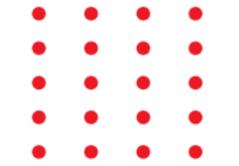
Die Fachkräftestrategie ist 2024 unter der Überschrift »Hamburger Strategie zur Sicherung des Arbeits- und Fachkräftebedarfs« veröffentlicht worden.

»Das war eine sehr gute Gelegenheit, unsere gewerkschaftlichen Vorstellungen von guter Arbeit zu thematisieren und in der Fachkräftestrategie festzuschreiben.«

## Gewerkschaften im Dialog mit Landesregierungen

Ein wichtiges Zeichen der Anerkennung: Jedes Jahr laden die Landesregierungen die Gewerkschaften rund um den 1. Mai um ihre Arbeit wertzuschätzen. Ein guter Termin, um ins Gespräch zu kommen, Themen zu setzen oder Politiker\*innen einen Einblick in die Betriebe zu geben.

»Der enge Austausch und der kurze Draht, den wir bei uns im Land pflegen, hat sich bewährt,« sagt zum Beispiel Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther. Hamburgs Bürgermeister Peter Tschentscher meint: »Mitbestimmung und gute Arbeitsbedingungen, Tarifbindung und faire Löhne sind wichtig – für die Beschäftigten und ihre Familien, für das soziale Miteinander und die Gesellschaft insgesamt. Und Ministerpräsidentin Manuela Schwesig betont: »Mecklenburg-Vorpommern hat sich in schwierigen Zeiten wirtschaftlich gut entwickelt. Daran haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer großen Anteil.«



## Betriebs- und Personalrätepreis M-V

Die Landesregierung hat unsere Idee umgesetzt: Jedes Jahr werden drei Mitbestimmungsgremien aus Mecklenburg-Vorpommern mit dem Betriebs- und Personalrätepreis ausgezeichnet. Die Jury setzt sich aus Politik, Wissenschaft und Gewerkschaften zusammen.

Überreicht werden die Preise von der Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Minister\*innen und Laura Pooth im Rahmen des Arbeitnehmer\*innenempfangs.

Ein würdiger Rahmen für tolle Projekte, für die die Kolleg\*innen geehrt werden. Mal geht es um arbeitnehmer\*innenfreundlichere Schichtmodelle, mal um mehr Unterstützung für werdende Mütter im Betrieb, die Angleichung von Löhnen

und Arbeitsbedingungen mit Standorten in Westdeutschland, Betriebsratsgründungen oder Dienstvereinbarung zu Mobiler Arbeit.

Alles starke Beispiele von Mitbestimmung, die stellvertretend für alle Kolleg\*innen stehen, die sich in ihren Gremien in Mecklenburg-Vorpommern engagieren.

Ein Preis, der uns alle stärkt in unserem gewerkschaftlichen Engagement und deswegen so wertvoll ist. Es lohnt sich, sich zu bewerben oder Gremien für einen Preis vorzuschlagen.

Wir freuen uns schon auf die nächsten Auszeichnungen.

Hier geht es zur Ausschreibung der Landesregierung:



## Die Ehrenamtlichen ganz vorne

In Schleswig-Holstein Südost steht starkes Engagement im Vordergrund – in der Geschäftsstelle, aber auch bei den Ehrenamtlichen. Das Team um Melanie Meyer engagiert sich vor allem bei den Themen Wohnen und Demokratie.

### »In einem Satz«

Unsere Region reicht von der Nordseeinsel Helgoland bis zur Sonneninsel Fehmarn, wir sind die Region zwischen den Meeren und immer auch ein bisschen »lübsch«.

» Ich sehe uns ganz klar als Dienstleister für unsere Mitgliedsgewerkschaften. Wir sind die Klammer, die die Interessen unserer Gewerkschaften vor Ort bündelt.

### Melanie, was steckt hinter den drei Buchstaben LDT?

Wir sind ein tolles Team hier und arbeiten sehr eng zusammen. Wir pflegen einen guten Austausch über alle Themen, so dass bei uns auch die Assistentinnen komplexe Fragen beantworten. Deswegen heißen wir bei einigen LDT, das steht für Lübecker Dream Team. So werden wir manchmal auch per Post angeschrieben, das haben wir uns erarbeitet und darauf sind wir stolz.

### Wie ist eure Region wirtschaftlich aufgestellt?

Wir haben einen sehr bunten Mix. Es gibt den sogenannten Hamburger Speckgürtel, der sich bis nach Stormarn, Pinneberg und Lauenburg erstreckt, in Ostholstein ist Tourismus der dominierende Wirtschaftsfaktor, in Lübeck sind Gesundheits- und Ernährungswirtschaft von Bedeutung und der Kreis Pinneberg gilt als weltgrößte Baumschulregion.

### Eure Region soll dichter an Dänemark heranrücken.

Die feste Fehmarnbeltquerung nach Dänemark ist im Bau, das ist nicht nur für unsere Region sehr bedeutend. Wir reden hier immerhin über den größten Absenktunnel der Welt. Hier geht es für uns als DGB auch um Fragen, wie das Hinterland angebunden wird. Wir kämpfen gerade darum, dass die Bäderbahn erhalten bleibt.



### Welche Ziele leiten eure Arbeit?

Ich sehe uns ganz klar als Dienstleister für unsere Mitgliedsgewerkschaften. Wir sammeln die Themen sowohl bei den hauptamtlichen Geschäftsführungen als auch bei den ehrenamtlichen Vorsitzenden ein. Wir entwickeln daraus eigene Projekte mit unseren Ehrenamtlichen in den Kreis- und Stadtverbänden und spielen die Ergebnisse wieder in die Mitgliedsgewerkschaften ein. Wir sind die Klammer, die die Interessen unserer Gewerkschaften vor Ort bündelt.

### Das heißt?

Wir leben vor Ort die Tradition, dass sich unsere Gewerkschaften bei wichtigen Tarifaueinandersetzungen gegenseitig unterstützen, gegenseitig besuchen und Soli-Reden halten. Wenn unsere Kolleg\*innen streiken, organisieren wir Soli-Adressen. Wir reden selbst oft bei Tarifaktionen, auch die Ehrenamtlichen in den DGB-Kreisverbände schreiben Grußworte, halten Reden oder bringen auch mal Marzipan oder Gummibärchen vorbei.

### Die Ehrenamtlichen sind ein wichtiges Standbein vor Ort.

Wir sind als DGB-Region nicht so stark an die Betriebe angebunden. Die DGB-Kreis- und Stadtverbände sind das Gesicht des DGB vor Ort. Sie bringen vieles in die Parlamente und auf die Straße, sie sind also zentral für unsere Arbeit. Ohne Ehrenamtliche in den Kreis- und Stadtverbänden könnten wir regelmäßige Veranstaltungen wie den internationalen Frauentag, die Tarifwendekampagne oder bezahlbares Wohnen gar nicht so kräftig

thematisieren. Das machen vor allem unsere Ehrenamtlichen vor Ort.

### Natürlich auch am 1. Mai.

Klar, wenn wir in Lübeck, Elmshorn und Bargteheide gemeinsam die Demos zum 1. Mai organisieren, machen wir das vor allem mit unseren Ehrenamtlichen. Viele engagieren sich ja auch in der Gremienarbeit, in den Arbeits- und Sozialgerichten, den Verwaltungsausschüssen der Agentur für Arbeit oder den Jobcentern, in Berufsbildungs- und Prüfungsausschüssen, in Handwerkskammern oder der IHK. Die Benennungen dort müssen wir als DGB-Region immer gut vorbereiten.

### Welches Thema ist für die Menschen in der Region besonders wichtig?

Bezahlbarer Wohnraum steht weit vorne. Wir haben etwa in Lübeck tolle Wohnungen für die, die das bezahlen können, aber nicht

für die, die günstigen Wohnraum suchen. Das Ungleichgewicht zwischen denen, die Eigentum oder viel Geld haben, und denen, die suchen, ist sehr groß.

## » Gewerkschaften haben sich schon immer in Politik eingemischt – das ist unsere Aufgabe.

### Wie bewegt ihr da etwas?

Wir versuchen es mit reden, reden, reden und Bilder erzeugen. Der Kreisverband Stormarn beispielsweise wird nicht müde, immer wieder das Gespräch mit Landrat, Wohnungsamt und Bürgermeister\*innen zu suchen. Die Ergebnisse dieser Gespräche werden anschließend veröffentlicht. Wenn keine Notiz geschrieben wird, kann auch niemand Notiz davon nehmen.

### An welche Lösungen denkt ihr noch?

Das Thema muss aus unserer Sicht den Weg in den privaten Austausch der breiten Bevölkerung finden. Und wenn Themen den Weg dorthin über Social Media finden, dann müssen wir auch genau dort Bilder erzeugen. Aber: Wir dürfen dabei keinesfalls den persönlichen Austausch mit den Menschen verlieren, zum Beispiel bei Aktionsformen auf Marktplätzen oder Ähnlichem.

### Wie schaut ihr auf das Thema Rechtsextremismus?

Der Wind wird auch in den Betrieben immer rauer. Wir müssen einen guten Weg finden uns dem Thema auch in der Gremienarbeit zu stellen. Einfach nur dagegen ist da zu wenig. Union Busting ist da natürlich auch ein Thema. Kolleg\*innen werden in den Betrieben aufgefordert, sich auf betriebliche Themen zu beschränken und Politik draußen zu lassen. Aber Gewerkschaften haben sich schon immer in Politik eingemischt – das ist unsere Aufgabe.

### Was macht ihr dann?

Wir stellen unsere Erfolge und Werte in den Vordergrund und thematisieren, was Gewerkschaften für Beschäftigte erreicht haben oder was Solidarität bedeutet. Und klar: Wir beteiligen uns an Demos und organisieren die mit, in vielen Orten zwischen Helgoland und Fehmarn. Wir Gewerkschaften sind aber nicht zwingend die Zugpferde dafür, dass die Leute auch kommen. Die Breite der Bündnisse ist entscheidend, um viele Menschen zu mobilisieren. Wir dürfen einfach nicht nachlassen und sollten auch für neue Ideen offenbleiben.

### Wir äußert sich Rechtsextremismus bei euch?

Rechtsextremist:innen gibt es auch hier. Wir hatten Vorfälle in Lübeck, in Elmshorn wurden schon mal Leute im Vorfeld des Demokratiefestes bepöbelt, am 1. Mai gab es jemanden, der den Hitlergruß gemacht hat. Wir nehmen das sehr ernst. Wir beteiligen uns an neuen Bündnissen, lassen alte Bündnisse wieder aufleben und bereiten vor, was kommen kann. Damit wir im Ernstfall wissen, was wir tun können.

Danke für das Interview, Melanie Meyer.





**1. MAI –  
UNSER TAG**



## 1. Mai – Unser Tag

Am 1. Mai sind wir im Norden jedes Jahr mit Zehntausenden auf den Straßen und Plätzen unterwegs. Vielfältig und solidarisch. Kämpferisch und gut gelaunt. Ein Bilderpotpourri aus den Jahren 2022 – 2024.





## Herausfordernd

Dünn besiedelt, kleine und mittelständische Unternehmen, wenig Industrie: Ost-Mecklenburg-Vorpommern zählt zu den herausfordernden Regionen für Gewerkschaften – auch weil Vielfalt, Toleranz und Demokratie für viele Menschen nicht mehr attraktiv sind. Die Region bietet gleichzeitig viele Chancen, zu denen Gewerkschaften aktiv beitragen können: mit konkreten Angeboten für gute Arbeit, Zusammenhalt und demokratische Teilhabe.

### »In einem Satz«

Wir sind der größte Kreis in Deutschland, dünn besiedelt, wunderschön – und wenn ein Betrieb bei uns 400 Beschäftigte hat, zählt er zu den ganz Großen.

» Natürlich lade ich keine Partei ein, die uns Gewerkschaften am liebsten abschaffen möchte.

**Roger, viele Menschen haben die Region verlassen, es kommen aber auch viele.**

Roger Müller: Wie in vielen ländlichen Regionen wandern auch bei uns junge Menschen in die Großstädte ab, weil sie sich dort bessere Chancen versprechen. In vielen Bereichen wie Kita-Ausbau, ÖPNV oder Digitalisierung sehen wir noch Luft nach oben. Aber wir spüren auch Bewegung und bringen uns ein, damit junge Menschen gute Perspektiven vor Ort finden und nicht nur schöne Landschaften. Gleichzeitig arbeiten viele ausländische Kolleg\*innen, vor allem aus Polen hier, in Hotels und Gaststätten, aber auch im Schiffbau.

### Wie begegnet ihr dem?

Wir unterstützen die polnischen Kolleg\*innen in den touristischen Gebieten mit Beratungen, die wir gemeinsam mit der DGB-Rechtsschutz GmbH und dem Beratungsprojekt correct! ins Leben gerufen haben. Es hilft vor allem Frauen in Hotels und Gaststätten, ist aber offen für alle Kolleg\*innen und Branchen.

### Wie wirkt sich die mangelhafte Infrastruktur aus?

Zum Beispiel bei den Zug- und Busverbindungen. Wer auf dem Land wohnt und zum Facharzt will, muss etwa auf dem Bahnhof in Pasewalk zwei Stunden

warten, weil die Taktung der Züge nicht optimiert ist. Die Menschen müssen aber zu Fachärzten nach Rostock oder Berlin reisen, weil wir vor Ort keine mehr haben. Viele Menschen spüren die Lücken im ÖPNV und beim Zugang zu Ärzt\*innen. Deshalb setzen wir uns beharrlich für einen besseren, verlässlicheren ÖPNV und eine gute ärztliche Versorgung ein. Beides sind Schwerpunktthemen bei uns.

**Was könnt ihr bewirken?**

Wir bringen diese Themen mit klaren Forderungen und konkreten Ideen konstruktiv in die politische Debatte ein. In unserer Mobilitätsumfrage haben wir festgestellt, dass das Fahrrad nach dem Auto das zweitwichtigste Verkehrsmittel ist. Auch die Pflege ist ein großes Thema. Der Personalmangel ist sehr groß, und wir diskutieren mit Pflegekassen, Arbeitgebern, Politiker\*innen und unseren Mitgliedern unsere Forderungen nach einem besseren Betreuungsschlüssel und mehr Qualität in der Pflege. Dabei stärken wir die Stimme der Beschäftigten in der Pflege und der Gesundheitsversorgung, auch mit unseren Ehrenamtlichen.

**Dafür ist die Ehrenamtsarbeit zentral, oder?**

Ganz zentral. Sie nimmt einen großen Teil unserer hauptamtlichen Arbeit ein, diese wichtigen Strukturen vor Ort zu begleiten und lebendig zu halten. Mit unseren zwei und jetzt drei Kreisverbänden

gestalten wir die lokalen und regionalen Themen aktiv mit. Außerdem sind wir als DGB-Gewerkschaften in vielen Gremien vertreten, von der Berufsbildung bis zu den Jobcentern. Dafür müssen wir zahlreiche ehrenamtliche Kolleg\*innen gewinnen.

**Ihr fungiert da als Schnittstelle zwischen den verschiedenen Stakeholdern.**

Ja, und wir schaffen gleichzeitig eigene Angebote. Zum Beispiel gemeinsam mit der Agentur für Arbeit Qualifizierungsangebote, die gut angenommen werden. Da verstehen wir uns als Bindeglied zu den Betriebsräten in der Region und stoßen neue Kooperationen an. Wir laden zwei bis drei Mal im Jahr zu unserem Betriebs- und Personalräteforum ein. Da kommen 30 bis 40 Betriebs- und Personalräte, mit denen wir unterschiedliche Themen besprechen, um sie in ihrer Arbeit zu stärken. Außerdem bieten wir einen Austausch mit Landes- oder Kommunalpolitiker\*innen. Bei unseren Kolleg\*innen vom Rechtsschutz können sie dann ihre Fragen los werden.



**Vielen Dank, Volker!**

19 Jahre hat Volker Schultz als Geschäftsführer die Region Vorpommern geführt. 34 Jahre ist er Gewerkschaftsmitglied. Im Frühjahr 2025 ist er in den Ruhestand gegangen. Vielen Dank für deinen Einsatz, Volker! Vorpommern wird nun von den beiden anderen Regionen in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock-Schwerin und Ost-MV mit betreut.

**Funktionieren Daseinsvorsorge, Infrastruktur und ärztliche Betreuung nicht mehr, ist das Einfallstor für Rechte und Rechtsextremist\*innen besonders groß.**

Demokratie und Rechtsextremismus beschäftigen uns jeden Tag. Wir haben in den Betrieben Leute, die uns offen sagen, dass sie AfD wählen. Wir wollen die AfD bei uns nicht dabei haben, auch nicht auf unserem Demokratiefest am 1. Mai in Neubrandenburg. Die Leute rufen mich dann an und fragen, warum wir die stärkste Partei nicht einladen.

**» Wir müssen unsere Themen in den Vordergrund stellen und mit den Menschen über gute Arbeit und eine sozialere und solidarischere Gesellschaft reden.**

**Was antwortest du?**

Weil die AfD Positionen vertritt, die sich klar gegen unsere wichtigsten Beschlüsse und gegen Gewerkschaften und Tarifpolitik richten. Zum Beispiel gegen eine gute Tarifpolitik. Wir haben hier in Mecklenburg-Vorpommern als Gewerkschaften ein gutes Tariftreugesetz durchsetzen können, das zahlreichen Menschen helfen wird, weil sie besser verdienen. Dafür haben wir uns jahrelang stark gemacht, die AfD will es wieder abschaffen. Natürlich lade ich keine Partei ein, die uns Gewerkschaften am liebsten abschaffen möchte und Pseudogewerkschaften unterstützt.

**Trotzdem habt ihr mit denen täglich zu tun.**

Ja, und das ist teilweise auch bedrohlich, zumindest schräge in manchen Situationen. Ein Beispiel: Meine Kollegin hat für den Frauentag Blumen gekauft, um sie an Frauen zu verteilen. Ein Mann hilft ihr zunächst beim Einladen der Blumen und dann tickt er aus und beschimpft sie: Ihr Gewerkschaften seid ganz schlimm und habt Schuld. Meine Kollegin hat zunächst versucht, mit ihm zu reden. Dann hat sie aber Angst gehabt, dass er ihr gleich eine knallt. Spätestens seitdem ist klar: Wir passen gegenseitig auf uns auf. Zu Veranstaltungen, wo wir als Redner\*in auftreten, fährt von uns keiner mehr alleine.

**Also nicht mit denen reden?**

Doch, mit den Wählerinnen und Wählern schon. Ein Verbot der Partei hilft nicht, das haben wir vor 20 Jahren mit der NPD versucht. Jetzt haben wir die AfD. Wir müssen aber unsere Themen in den Vordergrund stellen und mit den Menschen über gute Arbeit und eine sozialere und solidarischere Gesellschaft reden.

Danke für das Interview, Roger Müller.





# ÖFFENTLICHER DIENST

## • • • • • Die Tarifabteilung des DGB

- • • • • **Beamt\*innen haben keine Tarifverträge und kein Recht zu streiken, wenn es darum geht, eine bessere Besoldung durchzusetzen – in Norddeutschland aber den DGB Nord, der für sie mit den Landesregierungen in Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern regelmäßig Anpassungen der Besoldung und Versorgung verhandelt. Etwa 100.000 Beamt\*innen auf kommunaler und Landesebene sowie viele tausend Pensionär\*innen profitieren von den Verhandlungsergebnissen.**

Manchmal klingelt das Telefon und der Ministerpräsident aus Schleswig-Holstein ist dran. Daniel Günther ist in der Regel ein freundlicher und höflicher Mensch. Das war er auch dieses Mal. Aber es musste schnell gehen. Das war wohl auch der Grund, warum er am Tag vor dem Koalitionsausschuss persönlich bei Olaf Schwede anrief.

Schon vorher bestand Zeitdruck: Innerhalb von fünf Tagen benötigte die Finanzministerin eine Rückmeldung des DGB zu einer neuen Besoldungsstruktur in Schleswig-Holstein. Fünf Tage sind eine sportliche Aufgabe für den Verhandlungsführer des DGB. Schließlich geht es darum, sich mit allen Beteiligten abzustimmen und Konsens zu erzielen – mit den Vorsitzenden von GdP, GEW und ver.di - und nicht zuletzt mit der Bundesebene des DGB. Zeitdruck auf der anderen Seite kann in Verhandlungen aber auch der eigene Vorteil sein.

Seit der Föderalismusreform in den Nuller Jahren bestimmt nicht mehr der Bund, sondern der jeweilige Landesgesetzgeber die Besoldung. Damit ist der DGB ins Tarifgeschäft eingezogen. »Die Beamt\*innen der Länder und Kommunen sind der einzige Bereich,

wo wir als DGB direkt die Gehälter, die medizinischen Leistungen und die Altersvorsorge verhandeln«, sagt Olaf Schwede. »Der Gesetzgeber hat dem DGB als Vertreter der Gewerkschaften die gesetzlichen Beteiligungsrechte übertragen.« Denn das Koalitionsrecht haben auch Beamt\*innen. So steht es im Grundgesetz.

In der Regel geht es darum, die Ergebnisse des Tarifvertrags für die Beschäftigten der Länder (TV-L) landespezifisch zu übertragen. Dabei gilt es, die finanzielle Situation des jeweiligen Bundeslandes und natürlich auch die Rechtsprechung zu beachten, beispielsweise die Abstandsregeln. Beamt\*innen der untersten Besoldungsstufe wie etwa Justizwachtmeister\*innen müssen 15 Prozent mehr verdienen als Bezieher\*innen von Grundsicherung. Und da fängt das Problem schon an: Der Referenzrahmen ist eine vierköpfige Familie. Dies führt dann in der Besoldung zu hohen Familienzuschlägen für die Kinder der Beamt\*innen. Für Singles nicht.

Daniel Günther hatte ein eher nicht so gutes Blatt in den Händen, als er sich im Landtagswahlkampf 2022 in die Gespräche mit dem DGB einschaltete,

zumindest als Sachwalter des schleswig-holsteinischen Haushalts hatte er das nicht. Der Zeitpunkt hatte ihm aber anderweitig in die Karten gespielt: Er wollte gern wieder Ministerpräsident werden – dem Wahlkämpfer und CDU-Spitzenkandidaten kam es also gelegen, den Beamt\*innen des Landes kurz vor ihrer Stimmabgabe mitzuteilen, dass er sich mit dem DGB drauf geeinigt habe, den TV-L mit einer Lohnerhöhung von 2,8 Prozent komplett zu übernehmen und auch die in einer vorherigen Verhandlung abgemachten 0,6 Prozent draufzulegen.

Er ließ sich im Telefonat sogar eine weitere finanzielle Zusage vom DGB abringen: Die Beamt\*innen von Polizei und Feuerwehr zahlen seitdem 0,4 Prozent weniger Eigenbeteiligung für die Heilfürsorge. »Das ist natürlich de facto auch eine Gehaltserhöhung«, sagt Verhandlungsführer Olaf Schwede.

So gut läuft es nicht immer. »Aber in der Regel bekommen wir die Landesregierungen dazu, den TV-L zu übertragen«, sagt Olaf Schwede. In Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sind die Verhandlungen in der Regel unkomplizierter als in Hamburg. Da ist der Anteil der Beamt\*innen allerdings auch signifikant höher ist als in Mecklenburg-Vorpommern.



## Meilensteine im öffentlichen Dienst

### 2022

- Übertragung der Tarifergebnisse in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern
- Gesetz zur Gewährleistung eines ausreichenden Abstandes der Alimentation zur sozialen Grundsicherung und amtsangemessenen Alimentation von Beamtinnen und Beamten mit mehr als zwei Kindern in Schleswig-Holstein

### 2023

- Aufruf zu Anträgen auf amtsangemessene Alimentation in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern
- Besoldungsstrukturgesetz Hamburg rückwirkend zum 1. Januar 2022
- Zuschuss zur gesetzlichen Krankenversicherung für Beamt\*innen in Schleswig-Holstein

### 2024

- Übertragung der Tarifergebnisse in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern
- Besoldungsstrukturgesetz Mecklenburg-Vorpommern

### 2025

- Gesetzesentwurf zur Einführung der pauschalen Beihilfe in Mecklenburg-Vorpommern.
- Überarbeitung des Versorgungsfondsgesetzes in Schleswig-Holstein



## Der Konzernbetriebsrat des öffentlichen Dienstes

Allein in Hamburg gibt es 100 ressortübergreifende Vereinbarungen zu unterschiedlichen Themen wie etwa Gesundheitsmanagement, Arbeitszeit, Beurteilungsrichtlinien, flexible Arbeitsformen oder Mitbestimmung zu IT-Verfahren – an allen ist der DGB Nord beteiligt. Ähnliches leistet er auch in Schleswig-Holstein.



In Schleswig-Holstein war die Verwaltung einen Schritt weiter und hatte schon vor Corona angefangen zu diskutieren, unter welchen Bedingungen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst Homeoffice machen können, formal dort Wohnraumarbeit genannt. Die Landesregierung wollte Vorreiter für eine moderne Arbeitsgestaltung im öffentlichen Dienst sein, stieß aber nicht bei allen Beschäftigten auf offene Ohren. »Viele älteren Beschäftigten wollten das eher nicht, und auch vielen Dienststellenleitern war es zu fortschrittlich«, sagt Olaf Schwede, der Abteilungsleiter für den öffentlichen Dienst im DGB Nord.

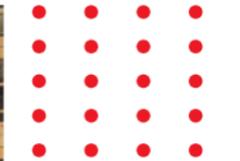
Dann kam Corona und alle mussten zuhause bleiben. Heute genießt der Großteil der Beschäftigten das Homeoffice und nutzt es gern, vor allem montags und freitags sind viele Büros im öffentlichen Dienst leer. 40 Prozent ihrer Arbeitszeit, so hat es der DGB mit den beiden Landesregierungen Hamburg und Schleswig-Holstein vereinbart, müssen die Beschäftigten noch vor Ort anwesend sein, den Rest ihrer Arbeitszeit können sie nun anders regeln. »Die Möglichkeiten nutzen die Kolleg\*innen intensiv«, sagt Olaf Schwede.

Ob sie es tun oder nicht – das entscheiden die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes selbst. So hat es der DGB mit den beiden Landesregierungen vereinbaren können, neben der Frage, dass die Behörden das Homeoffice angemessen ausstatten.

»Dass die Beschäftigten freiwillig entscheiden und persönliche Abmachungen in ihren Teams treffen können, wie sie das Homeoffice nutzen, ist unser gewerkschaftlicher Erfolg«, so Olaf Schwede weiter.

Die Homeoffice-Regelung ist nur eine von dutzenden Vereinbarungen, die der DGB Nord für die mehr als 140.000 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Hamburg und des Landes Schleswig-Holstein mit den Behörden verhandelt. »An der Tür der eigenen Dienststelle endet das Mitbestimmungsrecht der Personalräte«, sagt Olaf Schwede. Er ist für die ressortübergreifende Mitbestimmung des öffentlichen Dienstes in den beiden Bundesländern verantwortlich: also für alle Dienstvereinbarungen, die ressortübergreifend und damit oft für alle Beamt\*innen und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes eines Bundeslandes gelten.

Damit hat der DGB Nord eine bundesweite Sonderstellung inne. Denn vergleichbare Rechte und Aufgaben besitzt der DGB nur im Land Niedersachsen. Und noch etwas ist besonders, macht es aber nicht einfacher: Der Beamtenbund mit seinen zahlreichen Untergruppierungen ist ebenfalls an den Verhandlungen beteiligt – wie auch die zuständigen DGB-Mitgliedsgewerkschaften und Personalräte in den Behörden und Ministerien. »Der Abstimmungsbedarf ist sehr hoch, die Arbeit sehr verdichtet«, sagt Olaf Schwede.



## Meilensteine im öffentlichen Dienst

### 2022

- Vereinbarung zur Einführung der digitalen Personalakte in Hamburg
- Vereinbarung Einführung eines Bewerbungsmanagement-systems in Hamburg
- Vereinbarung über Dienst an einem anderen Ort in Hamburg

### 2023

- Gemeinsame Grundsatzklärung zu Gewalt gegenüber Angehörigen des öffentlichen Dienstes in Hamburg
- Neufassung der Beurteilungsrichtlinien in Schleswig-Holstein
- Neufassung der Rahmenvereinbarung für flexible Arbeitsformen in Schleswig-Holstein

### 2024

- Novellierung des Hamburgischen Disziplinar-gesetzes mit Abschaffung des gerichtlichen Disziplinarverfahrens
- Produktivvereinbarung zum ressortübergrei-fenden digitalen Personalmanagementverfah-ren KoPers in Schleswig-Holstein
- Zusammenarbeitsvereinbarung in Hamburg

### 2025

- Digitalisierung des Mitbestimmungsrechts Schleswig-Holstein, unter anderem mit digita-lem Zugangsrecht der Gewerkschaften
- Novelle Personalvertretungsgesetz Mecklen-burg-Vorpommern



»Homeoffice: Ob sie es tun oder nicht – das entscheiden die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes selbst. So hat es der DGB mit den beiden Landesregierungen vereinbaren können.





## »Ich warte jetzt draußen auf dich«

Die Feuerwehr in Parchim, der Landesbetrieb Verkehr in Schleswig-Holstein oder die Grundsatzklärung mit dem Personalamt Hamburg: Der DGB hat zahlreiche lokale Aktionen in Norddeutschland gestartet, um der Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes entgegenzutreten.

In Parchim hat Stadtwehrführer Bernd Schröder als Vertreter des DGB gemeinsam mit Bürgermeister Dirk Flörke ein großformatiges Banner an der Feuerwache in der John-Brinkman-Straße enthüllt. Passend zum Ort der Übergabe prangt auf dem Banner neben einem stolzen Feuerwehrmann die Titelzeile: »Ich lösche ein brennendes Haus. Und du bewirfst mich mit Böllern?«

Die Frage des Feuerwehrmannes sollte – wie bei den vielen anderen Aktionen im Bezirk – Passant\*innen zum Nachdenken über das Thema Gewalt gegen öffentlich Beschäftigte anregen. Stadtwehrführer Bernd Schröder konnte direkt ein Beispiel liefern: »Beim Großbrand im Parchim Center schimpften Passanten mit Mitgliedern unserer Freiwilligen Feuerwehr, warum sie die Wege nicht passieren konnten.«

Ähnliche Aktionen hat der DGB an zahlreichen Orten in allen drei Bundesländern organisiert.



## Gut verdrahtet

Die Region Kiel punktet mit einer an Mitgliedern und Mitgliedsgewerkschaften ausgerichteten Beschäftigungsoffensive: Rekommunalisierung, eine regionale Jobbörse, dauerhafte Verankerung des gewerkschaftlichen Labels Gute Arbeit und ein entschlossenes Dagegenhalten auch bei Kürzungsplänen sichern Arbeitsplätze – weil die politische Netzwerkarbeit funktioniert.

### »In einem Satz«

Das Maritime prägt die Lebens- und Arbeitswelt der Menschen in der Region Kiel in vielerlei Hinsicht schon immer, heißt: wenn's schwierig wird - all hands an Deck, wenn alle aktiv betrieblich und gesellschaftlich mit einbezogen werden, werden kluge Entscheidungen möglich.

» Gewerkschaften sind eine tragende Säule unseres demokratischen und sozial ausgewogenen Miteinanders.

### Frank, wie verstehst du die Arbeit des DGB in Kiel grundsätzlich?

Frank Hornschu: Ich habe immer gesagt, als Region sind wir Dienstleister für die Mitglieder in ihren acht Gewerkschaften vor Ort. Aus diesem Selbstverständnis haben wir einen guten Boden für ihre wertvolle Arbeit in den Betrieben schaffen können.

### Was habt Ihr erreichen können?

Wir konnten die Kommissionen für Berufsbildung, Beschäftigung und Wirtschaft, die auch als Transformationsräte fungieren, in Kiel und Neumünster dauerhaft einsetzen, gemeinsam mit Betriebsräten und Arbeitgeber\*innen, Kammern, Arbeitsverwaltung, Bildungseinrichtungen und kommunaler Politik.

### Warum machen die Arbeitgeber mit?

Arbeitgeber, Kammern und Politiker konnten wir überzeugen, dass die Loyalität ihrer Beschäftigten zu ihrem Unternehmen dann groß ist, wenn sie die Beschäftigten und ihre Interessen zum Wert der Arbeit ernst nehmen. Loyale Beschäftigte sind deutlich weniger krank und es gibt weniger Probleme mit fehlenden Fachkräften.

### Trotzdem gibt es auch in Kiel und Umgebung einen Fachkräftemangel.

Wir haben uns natürlich die Frage gestellt, welchen Beitrag wir als Gewerkschaften zur Fachkräftesicherung und Nachwuchsgewinnung leisten können. Wir haben zum Beispiel ergänzend zum alljährlichen Mitbestimmungspreis des DGB einen regionalen Preis für Betriebsräte ausgeschrieben, die sich gemeinsam mit ihrer Gewerkschaft und der Unternehmensleitung für gute und faire Arbeitsbedingungen einsetzen. Den Betriebsräten und Betrieben haben wir dann das DGB-Zertifikat Gute Arbeit mit dem Ziel überreicht, ihr Engagement öffentlich sichtbar zu machen. Damit wollten wir auch deutlich machen, dass die duale Berufsausbildung trotz Digitalisierung und Dekarbonisierung gut bezahlte Karrierechancen in Industrie und Handwerk möglich macht.

### Für Gute Arbeit habt ihr zahlreiche Bündnisse geschmiedet.

Um die gewerbliche und industrielle Wertschöpfung zu stabilisieren und auszubauen, haben wir mit der IG Metall vor zehn Jahren den vierteljährlichen industriepolitischen Dialog gegründet, zu dem offiziell der Oberbürgermeister einlädt. Da kommen Industriegewerkschaften, Betriebsräte, Vorstandsvorsitzende und CEOs der Lokhersteller, aus Maschinenbau, Werften und Zulieferbetrieben, der pharmazeutische Industrie sowie Unternehmensverbände und IHK zusammen.

### Was bewirkt er?

Neben vielen Netzwerken und Einzelthemen fungiert er auch wie eine regionale Jobbörse. Ein Beispiel: Ein Unternehmen hat wenig Aufträge, ein anderes aber ganz viele. Da gehen dann Beschäftigte von dem einen in den anderen Betrieb, bis die Krise vorbei ist, und werden eben nicht entlassen. So oder so ähnlich ist dies auch auf andere Branchen übergeschwappt. Beispielsweise bei der Abwicklung der HSH Nordbank. Durch gemeinsame lokale Kraftanstrengung und übergreifende Vernetzung konnten wir viele Fachkräfte in der Region halten.

## » Durch gemeinsame lokale Kraftanstrengung und übergreifende Vernetzung konnten wir viele Fachkräfte in der Region halten.

### Nach wie vor fehlt ein Tariftreuegesetz in Schleswig-Holstein. Dafür könntet ihr auf kommunaler Ebene vorpreschen.

Die Stadt Kiel hat 23 eigene Gesellschaften, von denen dreizehn nicht tarifgebunden sind. Da haben wir uns wiederholt reingekniet. Das Resultat: Die Kieler Ratsversammlung hat am 12. Dezember 2024 beschlossen, dass alle kommunalen Betriebe tarifgebunden sein sollen. Außerdem darf es keine Privatisierungen mehr geben und die noch ausgegliederten Betriebe sollen rekommunalisiert werden. 2018 hatten wir schon einmal einen ähnlichen Vorstoß unternommen und konnten einen ausgegliederten und tariflosen Betrieb mit 180 Beschäftigten organisieren. 2021 starteten dann die Tarifverhandlungen, und mit massivem

politischen Druck durch den DGB konnten wir zum 1. Januar 2024 unser Ziel erreichen: Der ausgegliederte Betrieb ist rekommunalisiert, die Beschäftigten erhalten rund tausend Euro mehr im Monat und haben jetzt die guten Bedingungen des TVöD.

### Warum ist die Stadt Kiel bereit zu tun, was viele andere nicht tun?

Auch die Verwaltung der Stadt Kiel wollte zunächst nicht. Aber wenn es mit der Exekutive nicht geht, kann man mit dem kommunalen Parlament als Legislative Beschlüsse für gute Arbeit durchsetzen. Wir haben dafür viele Veranstaltungen, Gesprächs-, Austausch- und Diskussionsrunden gemacht und schlussendlich eine Mehrheit in der Ratsversammlung organisieren können. Letztlich auch, weil der konsequente Ausbau der Tarifbindung aufgrund der höheren Steuereinnahmen und geringeren Transferleistungen auch haushaltskonsolidierend wirkt.

### Wie engagiert ihr Euch gegen den Rechtsruck?

Da sind wir konsequent unterwegs, nur ein Beispiel: Nach dem Potsdam-Treffen der AfD haben wir eine Kundgebung mit allen Gewerkschaften, der Landesregierung, den Arbeitgeber\*innen, Bildungseinrichtungen,

Hochschulen, kulturellen Bühnen, dem Theater sowie den Sportvereinen organisiert. Alle haben eine klare Haltung für unsere Demokratie, für unsere Freiheit, Vielfalt und Weltoffenheit zum Ausdruck gebracht. Nach Polizeiangaben nahmen mehr als 11.000 Menschen an der Kundgebung teil.

### Sehr stark habt ihr euch auch bei der Ukraine-Hilfe engagiert.

Wir haben uns als DGB gleich nach dem russischen Überfall am 24. Februar 2022 aktiv an einer Kundgebung beteiligt und vier Tage später mit den ersten Hilfskonvois gestartet. Immer noch engagieren sich über 120 Menschen in dem gesellschaftlich breitgetragenen Bündnis der Ukraine-Hilfe. Wir haben bis Sommer 2025 70 Sattelschlepper mit Sachwerten in Höhe von 13,8 Millionen Euro übergefahren. Damit retten wir ganz konkret Menschenleben.

Danke für das Interview, Frank Hornschu.





**GUTES LEBEN**



## Ein gutes Leben für alle

**Gute Bildung, bezahlbare Wohnungen, Hilfe für Menschen, die finanzielle Unterstützung brauchen, und eine für alle funktionierende und bezahlbare Mobilität: All das gehört zu einem guten Leben dazu. Weil es zu oft an vielem mangelt, macht sich der DGB Nord in den Kommunen und auf Landesebene für ein besseres Leben für alle und nicht nur für wenige stark.**

Als Laura Pooth mit Joachim Sauer, dem DGB-Kreisverbandsvorsitzenden in Stormarn und Journalist\*innen vor den Wendum-Häusern in Bad Oldesloe spricht, hören die Erstaunliches: »Die finanzielle Belastung durch Mieten im Verhältnis zum Einkommen ist in weiten Teilen Schleswig-Holsteins so hoch wie im Großraum München oder im Rhein Main-Gebiet«, sagt die Vorsitzende des DGB Nord. »Und auch in Lübeck geben die Menschen prozentual mehr von ihrem Einkommen für Miete aus als in Hamburg oder München.«

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt ist schon heute in Schleswig-Holstein sehr angespannt, und sie wird sich drastisch weiter verschlechtern, weil immer weniger Menschen das Geld haben, um die Miete aus eigener Tasche bezahlen zu können. Denn weil die Mietpreis-

»» **In Lübeck geben die Menschen prozentual mehr von ihrem Einkommen für Miete aus als in Hamburg oder München.**

bindung vieler Sozialwohnungen ausläuft, verringert sich die Anzahl bezahlbarer Wohnungen in den kommenden Jahren nochmal deutlich. Dabei fehlen laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung schon jetzt gut 40.000 bedarfsgerechte Wohnungen, allein in Kiel und Lübeck.

Was hilft dagegen? »In Westdeutschland hat Schleswig-Holstein die niedrigsten Löhne. Zuerst müssen die Löhne steigen, damit die Menschen ihre Wohnungen auch bezahlen können«, so die Vorsitzende des DGB Nord weiter. »Dafür wäre mehr Tarifbindung ein wirksames Mittel.«

Die verfallenden Hölk-Hochhäuser haben eine traurige Berühmtheit über Bad Oldesloe hinaus erlangt und sind zum Inbegriff für Schrottimmobilien geworden. Aber auch die Wendum-Häuser oder der Kirchberg in Bad Oldesloe sind Beispiele dafür, dass Eigentümer ihre Immobilien als schnelle Rendite-Objekte verstehen und vor der Wohnungsnot die Augen

verschließen. Manche Landesregierungen sollten ihre Kommunen besser unterstützen, forderte die DGB Nord-Vorsitzende Laura Pooth beim Ortstermin in Bad Oldesloe, etwa durch bessere Wohnraumschutzgesetze, um Verwahrlosung entgegenzutreten. Finanzielle Unterstützung bei Bodenfonds oder Landeswohnungsbau-gesellschaften könnten Kommunen beim Neubau von geförderten Wohnungen mit langfristiger Mietpreisbindung unterstützen.

Ob Hamburg oder Rostock, die Nord- oder die Ostseeinseln, Lübeck oder Schwerin: Im Norden ist Wohnen aufgrund der hohen Mietbelastung in Städten und Touristenzentren und der in vielen Regionen unterdurchschnittlich niedrigen Löhne besonders teuer. »Daher ist Wohnen für uns eines der wichtigsten sozialpolitischen Themen«, sagt Marco Kiepke, Abteilungsleiter Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im DGB Nord. »Wir engagieren uns in den Bundesländern in zahlreichen Bündnissen vor Ort. Und unsere Stadt- und Kreisverbände sind sehr aktiv, etwa im

»» **In Westdeutschland hat Schleswig-Holstein die niedrigsten Löhne. Zuerst müssen die Löhne steigen, damit die Menschen ihre Wohnungen auch bezahlen können. Dafür wäre mehr Tarifbindung ein wirksames Mittel.**



Gespräch mit den Kommunalpolitiker\*innen.« Der DGB Nord macht sich für die Anwendung der Mietpreisbremse und Kappungsgrenzenverordnung stark sowie für bessere und konsequent durchgesetzte Wohnraumschutzgesetze, die die Zweckentfremdung von Mietwohnungen zum Beispiel als Ferienwohnungen verhindern können.

Ein weiterer Schwerpunkt der Sozialpolitik sind bezahlbare Energiepreise und wirksame Maßnahmen für diejenigen, die die zeitweise hohe Inflation nicht aus eigener Kraft stemmen können. »Dabei geht es uns darum, Menschen, die ihre Rechnungen nicht zahlen können, die Ängste zu nehmen und Aufmerksamkeit für deren Not zu organisieren«, sagt Marco Kiepke. Das Engagement mit den Bündnispartnern hat sich gelohnt. So legten sowohl Hamburg als auch Schleswig-Holstein Härtefallfonds mit jeweils fünf Millionen Euro auf, um Menschen vor Strom- oder Gassperren zu schützen.

Viele Menschen hatten während der Inflation und dem Energiepreisschock Fragen, wie es für sie weitergeht. Sie suchten auf den lokalen Veranstaltungen des DGB von Neubrandenburg bis Flensburg Antworten. Dafür hat der DGB Nord im Bündnis mit Verbraucherzentralen und Mietervereinen ein neues Veranstaltungskonzept entwickelt, um beim Energiesparen und im Mietrecht zu beraten.



## Meilensteine

### 2022

- Der DGB Nord stellt Drei-Punkte-Plan wegen stark gestiegener Energiepreise vor

### 2023

- Das Soziale Bündnis fordert Planungssicherheit für soziale Arbeit
- Sozialwahl 2023

### 2024

- Die Kappungsgrenzenverordnung Schleswig-Holstein tritt in Kraft
- Das Wohnraumschutzgesetz Schleswig-Holstein tritt in Kraft

### 2025

- Hamburger Armutsgipfel 2025



## Mehr anstrengen, um Armut zu verringern

Bereits 2007 haben sich die Arbeiterwohlfahrt Schleswig-Holstein, der DGB Nord und der Landesverband des Sozialverbands Deutschland zum Sozialen Bündnis gegen Armut zusammengeschlossen.

Im Vorfeld der Schleswig-holsteinischen Landtagswahl 2022 forderten die Partner eine stärkere Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit. Die Politik solle sich endlich mehr anstrengen, so die drei Organisationen. »Eines der wichtigsten Mittel der Wahl ist die Stärkung der Tarifbindung von Unternehmen, denn Tariflöhne schützen vor Armut«, sagte Laura Pooth bei der Vorstellung des Bündnisses in Kiel. »Dafür muss das Land dringend mehr tun und Dumpinglöhne nicht weiterhin auch noch mit Steuergeld fördern. Aufträge sollten deshalb nur an

Unternehmen vergeben werden, die sich an Tarifverträge halten. Abgesicherte Jobs zu guten Löhnen sollten außerdem zur Voraussetzung für den Erhalt von Subventionen werden.«

»Eines der wichtigsten Mittel der Wahl ist die Stärkung der Tarifbindung von Unternehmen, denn Tariflöhne schützen vor Armut.«

»Wir wollten zeigen, dass beispielsweise Schleswig-Holstein nicht nur ein Wohlfühl-land ist, sondern es auch in erheblichem Maße Armut im Land gibt: Kinderarmut, Frauenarmut und viele Senior\*innen, bei denen das Geld nicht bis zum Ende des Monats reicht«, sagt Marco Kiepke.

Die Forderung des DGB und seiner Partner\*innen hat die Landesregierung zumindest in Teilen erfüllt. »Wir wollten einen Armut- und Reichtumsbericht, und die Landesregierung hat den Sozialbericht für Schleswig-Holstein vorgelegt«, sagt Marco Kiepke.

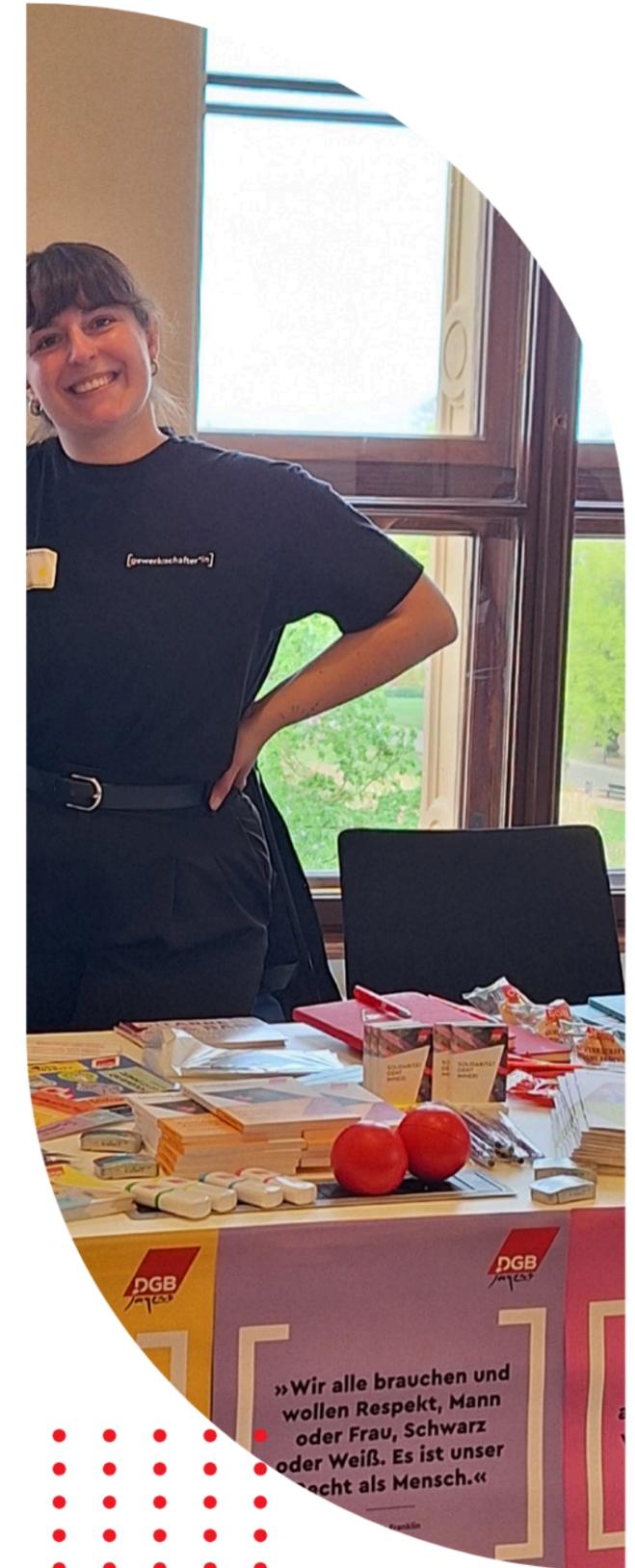
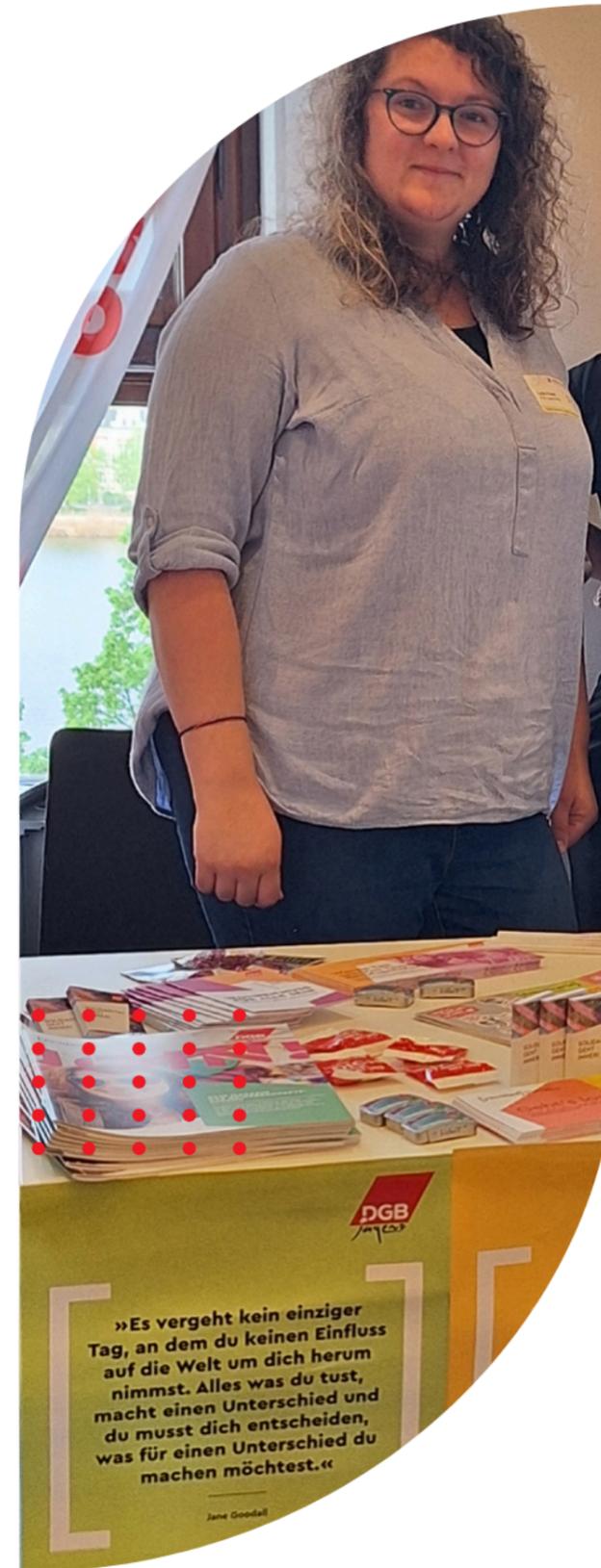
## Beratungsangebot Psychische Belastung

Seit drei Jahren berät das Team von **Perspektive Arbeit und Gesundheit** Beschäftigte, Betriebsräte und Personalverantwortliche in der Metropolregion Hamburg zu Zeit- und Leistungsdruck, Multitasking, monotoner Arbeit oder mangelnder Unterstützung durch Kolleg\*innen oder Führungskräfte – also Fragen rund um belastende Arbeitssituationen, die sowohl den Körper als auch die Psyche krank machen können. Der DGB Nord hat dieses Beratungsangebot maßgeblich mitinitiiert und beteiligt sich inzwischen auch an der Finanzierung. »Das Thema betrifft immer mehr Kolleg\*innen. Insofern freuen wir uns sehr, dass auch viele Beschäftigte in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern das niedrigschwellige Angebot nutzen können«, sagt Marco Kiepke, zuständig für Sozialpolitik im DGB Nord. Beschäftigte finden hier Unterstützung bei belastenden Arbeitssituationen und Lösungen, auf Wunsch auch mit Akteuren oder Akteurinnen Ihres eigenen Betriebes.

» **Psychische Belastung betrifft immer mehr Kolleg\*innen. Insofern freuen wir uns sehr, dass auch viele Beschäftigte in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern das niedrigschwellige Angebot nutzen können.**

### Stoppt die Kostenexplosion

Gemeinsam mit dem Lübecker Bürgermeister Jan Lindenau hatten die Lübecker Mitgliedsgewerkschaften und der DGB Schleswig-Holstein Südost im Oktober 2022 zur Demo gegen die kräftigen Kostensteigerungen bei Lebensmitteln, Energie und Mobilität aufgerufen. Etwa 500 Lübecker\*innen und die DGB Nord-Vorsitzende Laura Pooth folgten der Einladung und machten sich für einen Energiepreisdeckel, sichere Arbeitsplätze, Mieterschutz, ein Aussetzen der Schuldenbremse sowie eine faire Besteuerung und Abschöpfung der Übergewinne stark. Ähnliche Demonstrationen und Kundgebungen gab es an vielen Orten unseres Bezirks.



## Die Metropolregion

In Hamburg mit seinen fast zwei Millionen Einwohner\*innen ist für Gewerkschaften manches einfacher als in den anderen Regionen – aber beileibe nicht alles.

### »In einem Satz«

Wir sind ein prosperierender Stadtstaat, dem es im Bundesvergleich gut geht, in dem die Spaltung zwischen arm und reich aber nicht weiter zunehmen darf, und der gesellschaftliche Frieden auch morgen auf guten Füßen und guter Arbeit steht.

» Unsere Forderungen zu besserer Tarifpolitik sind hörbar angekommen, wir sind gesetzt als politische Stimme der Stadt.

**Tanja, wie war es, als DGB Anfang 2024 eine Demo mit 180.000 Teilnehmer\*innen gegen die AfD und ihre Massendeportationspläne zu organisieren?**

Tanja Chawla: Damit hatte keiner gerechnet. Morgens war Schneetreiben, und ich dachte, hoffentlich kommen wenigstens 7.000, damit sich die Bühne überhaupt lohnt. Dass es schließlich so viele wurden, hat sicherlich mit Hamburg als Stadtstaat und unserer Mobilisierungskraft zu tun. Wir haben sehr kurze Wege zu unseren Bündnispartnern in der Zivilgesellschaft, aber auch in die Politik und die Wirtschaft. Alle haben mitgemacht, bis zum Ersten Bürgermeister. Das war ein Knaller.

**Was nimmst du daraus mit?**

Dass wir mobilisierungsfähig sind. Wir organisieren und engagieren uns mit bis zu 100 verschiedenen Gruppen in verschiedenen Bündnissen gegen rechts. Wir schieben auch sonst sehr viel in Bündnissen an, mit Stiftungen wie der Alfred-Töpfer Stiftung bei der Kampagne Go vote zur Europawahl, mit Fridays for Future, den Omas gegen rechts, den verschiedenen Religionsgemeinschaften, Kirchen, Wirtschafts- und Sozialverbänden und vielen Akteur\*innen mehr. In Hamburg sind wir fester Teil der Stadtgesellschaft und arbeiten in vielen

Gremien mit wie dem Fachkräftenetzwerk, dem Energiewendebeirat oder dem Nachhaltigkeitsforum. Wir sind sehr präsent und nutzen jede Gelegenheit und jeden Empfang für Gespräche.

### Das stärkt auch das Bündnis gegen rechts, oder?

Klar. Und das ist sicherlich auch ein Grund, warum die AfD in Hamburg bisher keine zweistelligen Wahlergebnisse schafft. Wir haben mit unserer Netzwerkarbeit viel erreicht, um unsere Strukturen gegen rechts zu stärken und uns zu wappnen.

### Das Verhältnis zur rot-grün dominierten Regierungspolitik in der Stadt ist...

...traditionell gut etabliert. Wir haben regelmäßige mehrmals jährlich stattfindende Gesprächsformate wie zum Beispiel das Spitzentreffen mit dem Ersten Bürgermeister. Das heißt nicht, dass wir uns immer einig sind.

### Stichwort Tarifreuegesetz, oder?

Ja, das flutscht leider nicht richtig. Hamburg hat immer noch kein Tarifreuegesetz.

Das ist empörend, denn es geht an den Bedürfnissen der Menschen vorbei und es widerspricht allen Bekenntnissen zu Guter Arbeit. Wir haben das Thema immer wieder platziert, und inzwischen sind unsere Forderungen angekommen. Das zeigt der neue Koalitionsvertrag: Der Senat bekennt sich zur Tarifreue.



### Das heißt?

Die rot-grüne Landesregierung will mit den Sozialpartnern eine Kampagne zur Tarifbindung auf den Weg bringen und einen Transformationsrat gründen, der aus unserer Sicht auch das Bekenntnis einer höheren Tarifbindung in Hamburg beinhalten muss. Bisher war es nicht einfach, gegen den Widerstand anderer Akteure dieses Bekenntnis durchzusetzen.

### Was ist in den vergangenen vier Jahren noch wichtig gewesen?

Wir hatten extrem ereignisreiche Jahre, etwa mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine. Da haben wir uns sehr engagiert, etwa mit einer großen Friedenskundgebung. Auf unser Drängen hin hat der Senat einen Energiedialog in der Stadt gestartet, bei dem wir einen Härtefallfonds und bessere Kommunikationswege erreichen konnten. Wir haben als Mitglied des Fachkräftenetzwerks die Fachkräftestrategie und Weiterbildungsstrategie des Senats mitentwickelt, unsere große Transformationskonferenz organisiert und konnten gemeinsam mit Politik und Sozialpartnern ein neues Projekt zur beruflichen Weiterbildung realisieren, bei dem Mentor\*innen Unternehmen und ihre Mitbestimmungsgremien zu Qualifizierungen beraten, um bei der Transformation der Arbeitswelt niemanden zurückzulassen.



### Was brennt den Hamburgerinnen und Hamburgern am meisten unter den Fingern?

Ganz klar das Thema Wohnen. In Bündnissen mit Mieterverein und Sozialverbänden wollen wir mehr Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau in Hamburg durchsetzen, damit Wohnen langfristig wieder bezahlbar wird. Gemeinsam machen wir uns für einen Mieterhöhungsstopp, mehr Wohnungsbau und bezahlbaren Wohnraum stark. »Ein Hamburg für alle«, das ist unser Credo.

### Das bedeutet konkret?

Eine lebenswerte Stadt für alle heißt ganz viel. Wir müssen der Spaltung zwischen arm und reich mit Guter Arbeit und guten Tarifverträgen entgegenwirken. Dazu zählen Investitionen in einen Industriestrompreis, damit wir weiterhin attraktive Industriearbeitsplätze in Hamburg halten, Investitionen in nachhaltige Energie und Bezahlbarkeit für den Dienstleistungssektor und private Haushalte. Zu einer lebenswerten Stadt gehört noch viel mehr: Gute Bildung, Gute Arbeit, Gute Kultur, Gleichstellung und Vielfalt und natürlich ein Gutes Älterwerden in der Stadt. Wir organisieren zum Beispiel jedes Jahr einen Senior\*innen-Empfang und thematisieren Barrierefreiheit in der Verkehrsmobilität, aber auch in der digitalen Welt, diskriminierungsfreie Pflege oder Wohnen im Alter. Verantwortungsvolle Daseinsvorsorge braucht es in dieser Stadt.



### Wie setzt ihr die Themen in der Stadt?

Sehr vielfältig. Wir sind in den landespolitischen Netzwerken auf Senatsebene beteiligt, in ständigem Kontakt mit den Entscheider\*innen dieser Stadt und informieren auf parlamentarisches Lunches zu unseren Themen und Forderungen. Wir setzen unsere Themen gemeinsam mit unseren Mitgliedsgewerkschaften und den aktiven Kolleg\*innen, sei es auf unserem jährlichen WarmUp zum Internationalen Frauentag im März oder bei unseren großen Konferenzen und Veranstaltungen im Gewerkschaftshaus. Zusätzlich sind wir in der Selbstverwaltung der Agentur für Arbeit, im Jobcenter und im Vorstand von Arbeit und Leben aktiv, also einer Vielzahl von Gremien, wo wir unsere Themen gut einspeisen können. Und klar: Unsere wunderbare DGB Jugend Hamburg mit dem jährlichen Ausbildungsreport, die DGB-Stadtverbände in Harburg und Bergedorf, der Frauenausschuss mit der großen Netzwerkveranstaltung, und die Arbeitskreise LSBTI\* und Demokratie und Frieden setzen unsere Themen in der Stadt.

Danke für das Interview, Tanja Chawla.





**VIelfalt, DEMOKRATIE  
UND FRIEDEN**



## Nie wieder ist jetzt

**Auch im Norden treten rechte Parteien und undemokratische Strukturen immer offensiver und selbstbewusster auf. Auch in Nord ist ein Rechtsruck spürbar. Nicht nur die Wahlergebnisse und Umfragewerte der Antidemokraten sind besorgniserregend, sondern auch die Diskursverschiebung nach rechts bedroht unsere demokratischen Werte und unsere gewerkschaftliche Arbeit. Unser Kampf für die Demokratie und eine solidarische Gesellschaft ist gefragt wie lange nicht: Wir sind mehr und nie wieder ist jetzt.**



Das Erstarren der antidemokratischen Kräfte bereitet uns große Sorge. Rechtsextremismus darf in keinem Fall verharmlost und normalisiert werden. Wir müssen immer wieder deutlich machen, dass die AfD keine demokratische Partei ist und auch keine Angebote für diejenigen im Gepäck hat, für die sie vorgibt, Politik zu machen.

Einmal im Jahr organisiert der DGB Nord gemeinsam mit ver.di Nord den Ratschlag gegen Rechts, eine Konferenz für gewerkschaftlich Aktive in Nord.

Etwa 100 haupt- und ehrenamtliche Gewerkschaftsaktive kommen zum Ratschlag gegen Rechts. »Da geht es ums Vernetzen und den Austausch, um Fragen, wie wir mit rechter Hetze im Netz umgehen, aber auch um Argumentationstraining und Antifeminismus«, sagt Siglinde Hessler, Abteilungsleiterin Grundsatz und Politische Planung im DGB Nord. »Vor allem geht es aber um uns, wie wir uns gegenseitig den Rücken stärken, um Empowerment, Selbstvergewisserung, und dann neue Ideen zu entwickeln.«

In allen Regionen engagieren sich zahlreiche DGB-Aktive vor Ort für Demokratie und gegen rechte Hetze, organisieren Demos und Appelle oder stellen sich schützend vor lokale CSDs, die zunehmend von Rechtsextremist\*innen angegriffen werden. Ein Höhepunkt der vergangenen Wahlperiode sind sicherlich die Demos gegen die bekannt gewordenen Massenabschiebungspläne von AfD-Vertreter\*innen bei einem Treffen in Potsdam Anfang 2024.





In allen Regionen organisierten DGB-Aktive in kräftigen Bündnissen mit zahlreichen anderen zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen und Politiker\*innen sehr schnell den Protest dagegen. Allein zur DGB-Demo in Hamburg kamen 180.000 Menschen.

Besonders engagieren sich DGB, DGB-Jugend und Gewerkschaften jedes Jahr bei "Jamel rockt den Förster". 2025 noch stärker als zuvor, da die Veranstaltung durch viele behördliche Auflagen kurz vor dem Aus stand. Mit Hilfe des ehrenamtlichen Engagements zahlreicher Gewerkschafter\*innen konnte sie dennoch stattfinden.

Erfolgreich war auch die bezirksweite Kampagne Demokratiebotschafter\*innen, bei der zahlreiche Gewerkschafter\*innen Gesicht zeigten für die Demokratie, indem sie sich in Betrieben, auf Konferenzen, bei Workshops und Gewerkschaftsveranstaltungen fotografieren ließen – zahlreiche Prominente beteiligten sich daran: etwa Manuela Schwesig, Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, sowie ihr Amtskollege aus Schleswig-Holstein, Daniel Günther.



## Meilensteine

### 2022

- Ratschlag gegen Rechts in Rostock und Gedenkdemo "30 Jahre Rostock-Lichtenhagen"

### 2023

- Veranstaltungsreihe "ZEIT zu REDEN - Verunsicherung in Perspektiven wandeln – Demokratie stärken" der Region Kiel-Neumünster

### 2024

- Nach der geheimen Potsdam-Konferenz der AfD organisiert der DGB mit Bündnispartnern in allen Regionen Demonstrationen gegen rechte Hetze

### 2025

- Veranstaltung "Jamel rockt den Förster" durch ehrenamtliches Engagement gesichert



## Bildet Banden

**Die Frauen- und Gleichstellungspolitik ist kräftig und geübte Praxis im Norden – anlässlich des Internationalen Frauentags treffen sich viele hundert Kolleginnen in allen DGB-Regionen, um ihre Jahresthemen nach vorne zu stellen. Wer Fachkräfte nachhaltig sichern will, kommt an einer an Frauen orientierten Beschäftigungspolitik nicht vorbei.**

Wie hoch wäre der Beschäftigungseffekt, wenn Frauen, die ungewollt in Teilzeitarbeit arbeiten, bessere Bedingungen hätten, um Care-Arbeit und Job besser unter einen Hut zu bringen? »Wir haben es ausgerechnet«, sagt Lisanne Straka, Abteilungsleiterin für Frauen- und Gleichstellungspolitik im DGB Nord. »Allein in Schleswig-Holstein entstünden 30.000 Vollzeitäquivalente, in Mecklenburg-Vorpommern wären es rund 15.000.«

30.000 aus Teilzeit-Stellen entstehende Vollzeitstellen: Das wären zig tausend ausgebildete Fachkräfte, die die Unternehmen in Schleswig-Holstein händeringend suchen und die sofort loslegen können. Das wären auch 30.000 Beschäftigte, die in Steuer- und Sozialversicherungssysteme einzahlen und sich so für ihr Alter einen eigenen Rentenanspruch erwirtschaften. »Dafür lohnt es sich, mehr Erzieher\*innen einzustellen, Kitas und Ganztagschulen auszubauen, damit die Familien Beruf

und Care-Arbeit besser unter einen Hut bekommen«, sagt Lisanne Straka. Deutschland hat mittlerweile eine der höchsten Frauenerwerbsquoten Europas. Allerdings arbeiten Frauen nach wie vor in hohem Umfang in Teilzeit. Daher bleibt die Arbeitszeitlücke zwischen Männern und Frauen groß.

**»Erstmals seit vier Jahren ist die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern von 18 auf 16 Prozent gesunken. Die Ursachen liegen in der Erhöhung des Mindestlohnes, von dem besonders Frauen profitieren.«**

Frauen und ihre Bedürfnisse wieder mehr im Blick zu haben – dafür engagieren sich Kolleginnen aus Haupt- und Ehrenamt in den drei Bundesländern im Norden in den DGB Frauenausschüssen, Landesfrauenräten, im gewerkschaftlichen deutsch-polnischen Frauenrat oder in Bündnissen mit anderen Frauenverbänden.

Erstmals seit vier Jahren ist die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern 18 auf 16 Prozent gesunken. Die Ursachen liegen in der Erhöhung des Mindestlohnes, von dem besonders Frauen profitieren, und



den sehr guten Tarifabschlüssen der Gewerkschaften in der Gesundheitsbranche und im Öffentlichen Dienst. Am jährlichen Equal Pay Day fordern die Gewerkschaftsfrauen, Frauenberufe aufzuwerten, die Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern fairer aufzuteilen und tradierte Geschlechterrollen zu beenden.

Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern hat einen Beschluss der DGB Frauenkonferenz Nord umgesetzt: Seit 2023 ist der Frauentag in Mecklenburg-Vorpommern ein gesetzlicher Feiertag. Traditionell zeichnet die Ministerpräsidentin auf dem Frauentagsempfang die Frau des Jahres im Mecklenburg-Vorpommern aus. »Als Teil der Jury wählen wir als DGB Nord aus den Vorschlägen eine Frau aus und schlagen sie der Ministerpräsidentin vor«, sagt Lisanne Straka.

In der aktuell laufenden Novellierung des Gleichstellungsgesetzes in Schleswig-Holstein setzt sich der DGB Nord für ein Klagerecht der Gleichstellungsbeauftragten ein. Das Netzwerk der Frauen in der Metropolregion Hamburg hat ein Leitprojekt für geschlechtsspezifische Daten auf den Weg gebracht, um herauszufinden, wie Frauen und Männer den Nahverkehr nutzen oder wer die Hallenzeiten beim Sport bekommt – und was sich ändern müsste, damit es bei der Verteilung öffentlicher Ressourcen in Zukunft geschlechtergerechter zugeht.

»Wir haben trotz großer Herausforderungen eine Menge erreicht«, sagt Lisanne Straka. »Wir sind im Austausch mit Politik und Verwaltung, haben in öffentlichen Anhörungen unsere Positionen eingebracht, unsere Projekte zur klischeefreien Berufsorientierung gut aufgestellt, waren zusammen für unsere Anliegen auf der Straße und im digitalen Netz unterwegs und haben Banden gebildet.«

## Meilensteine

**Jährlich beteiligt sich der DGB Nord am Tag gegen Gewalt an Frauen, am Equal Pay Day und am Girls´ und Boys´ Day.**

### 2022

- Internationaler Frauentag: Der Wandel ist weiblich – faire Chancen für die Frauen in der digitalen Arbeitswelt
- Ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie Schleswig Holstein

### 2023

- Der 8. März wird Feiertag in Mecklenburg-Vorpommern
- Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm Mecklenburg-Vorpommern startet
- Konferenz der Frauen in der Metropolregion Hamburg: Nachhaltigkeit plus Gender macht zukunftsfähig
- Konferenz zum 25-jährigen Bestehen des gewerkschaftlichen deutsch-polnischen Frauenrates

### 2024

- Internationaler Frauentag: Frauen wählen – Europawahl, Demokratie stärken
- Frauensilvester zum Equal Pay Day
- Zentrale Auftaktveranstaltung des Sozialpartnerprojektes [BOx] zum Girls´ Day bei Liebherr in Rostock
- Novellierung des Gleichstellungsgesetzes Schleswig-Holstein startet

### 2025

- DGB Bezirksfrauenkonferenz Nord MehrWert Gleichstellung!
- Konferenz der Frauen in der Metropolregion Hamburg: Die Metropolregion im Blick – den Wandel geschlechtergerecht gestalten
- Fachtag Sozialpartnerprojekt Gender@school zur Förderung gendersensibler beruflicher Orientierung an Schulen in Mecklenburg-Vorpommern



## Gewerkschaften für den Frieden

Weltweit steigt die Zahl einsatzbereiter Atomwaffen. Immer mehr militärische Konflikte und innerstaatliche Auseinandersetzungen prägen das internationale Geschehen. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine geht mit unverminderter Grausamkeit weiter. Der brutale Terrorangriff der Hamas auf Israel hat im Nahen Osten einen Krieg ausgelöst, in dessen Folge zehntausende Opfer und schreckliches Leid für die Zivilbevölkerung zu beklagen sind, insbesondere auch im Gaza-Streifen.



Auch in Afrika haben Militärputsche und dschihadistische Gewalt zu neuen blutigen Kämpfen mit vielen Toten geführt. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich seit vielen Jahrzehnten hartnäckig für den Frieden ein ob zum Ostermarsch, zum Antikriegstag am 1. September oder mit ganz konkreter Unterstützung wie die DGB Region Kiel, die seit Ausbruch des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine 70 Sattelschlepper mit Sachwerten in Höhe von 13,8 Millionen Euro übergefahren hat und damit zahlreiche Menschenleben gerettet hat.



## Zeit zu reden

Die politische Stimmung verändert sich auch in den Betrieben, das Klima wird oft ruppiger.

Um aus der Polarisierung herauszukommen und die Vorzüge von demokratischen Strukturen in Betrieben und Gesellschaft zu thematisieren, hat die DGB-Region Kiel die dreiteilige Veranstaltungsreihe »Zeit zu reden« in Neumünster aufgelegt – und damit den Nerv der Zeit getroffen: 13.000 Menschen haben sich den Stream der ersten Präsenzveranstaltung mit Professor Wolfgang Schröder von der Uni Kassel und Keshia Kierek von Arbeit und Leben Schleswig-Holstein angesehen. Auch die beiden Folgeveranstaltungen zu solidarischer Wirtschaftspolitik mit Gustav Horn und zu Streitkultur waren mit jeweils mehreren tausend Stream-Zuschauer\*innen sehr gut besucht. Bei der langen Nacht der Demokratie – organisiert von der VHS und dem Landesbeauftragten für politische Bildung – präsentierten sich die Gewerkschaften im Kieler Gewerkschaftshaus als demokratische Akteure. »In Unternehmen mit guten Tarifverträgen, aktiven Betriebsräten und gelebter Mitbestimmung wählen die Beschäftigten deutlich weniger rechts als in undemokratisch organisierten Betrieben ohne Mitbestimmung«, sagt Gewerkschaftssekretärin Katharina Lückert.



## Bundesverdienstkreuz für Gewerkschafter

**Wegen seines Engagements gegen rechts hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Januar 2025 den langjährigen Gewerkschafter Walter Albrecht aus Bad Oldesloe mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.**

Ministerpräsident Daniel Günther überreichte die Medaille und lobte Walter Albrecht als Aushängeschild für die Demokratie. Der Eisenbahngewerkschafter und ehemalige DGB-Kreisvorsitzende setzt sich seit Jahrzehnten für Gerechtigkeit, soziale Verantwortung und gegen Rechtsextremismus ein. Unter anderem hat er 2012 das Bad Oldesloer Bündnis gegen rechts gegründet und sich unermüdlich auch gegen das Vergessen der Gräueltaten des Naziregimes stark gemacht. Dazu schaffte er es über die Jahre, fast alle Oldesloer Parteien, die Bürgermeister und die Bürgervorsteher\*innen mit ins Boot zu holen.



## DGB Nord international

**In Zeiten von immer stärker werdendem Nationalismus ist die internationale Solidarität umso wichtiger. Im DGB Nord pflegen wir sie auf vielfältige Weise: Mit Beratungsangeboten, regelmäßigen Treffen über Ländergrenzen hinweg oder der Teilnahme an großen Konferenzen.**

Es war ein wichtiges Zeichen: Mit einem gemeinsamen Statement hat das gewerkschaftliche Ostsee-Netzwerk BASTUN – zu dem wir als DGB Nord gehören – im April 2022 die Verhaftung von Gewerkschaftsvertreter\*innen aus Belarus verurteilt.

Über 20 Vertreterinnen und Vertreter der freien Gewerkschaften waren dort zuvor festgenommen und an der Ausreise gehindert worden. Auch der DGB-Bundesvorstand schaltete sich ein und forderte die sofortige Freilassung.



## BASTUN verbindet Gewerkschaften im Ostseeraum

Ein Beispiel dafür, dass Gewerkschafter\*innen international stärker unter Druck geraten. Unserer Mitgliedschaft im Baltic Sea Trade Union Network (BASTUN) kommt von daher eine große Bedeutung

zu. Dort haben sich 22 Gewerkschaftsbünde in der gesamten Ostseeregion zusammengeschlossen. Es repräsentiert damit rund 11 Millionen Gewerkschaftsmitglieder.

In diesem Forum tauschen wir uns aus, stärken uns gegenseitig, setzen uns für die Rechte von Gewerkschaften und Beschäftigten ein.

Aber auch Themen wie die sozial-ökologische Transformation oder die Arbeitsbedingungen von migrantisch Beschäftigten\*innen werden hier diskutiert. Hier konnten unsere Kolleg\*innen von der Beratungsstelle CORRECT auch schon wertvollen Input leisten.

## Wir mischen in der ILO mit beim Thema Just Transition

Bedeutend war auch die Teilnahme von unserer Abteilungsleiterin Grundsatz, Siglinde Hessler, bei der 111. Internationale Arbeitskonferenz der ILO als Teil der DGB-Delegation in Genf im Juni 2023.

Im Ausschuss »Just Transition« ging es u.a. darum, die gewerkschaftlichen Anforderungen in Bezug auf Menschen- und Arbeitnehmerrechte in Transformationsprozessen stärker zu verankern. Die Ergebnisse der Abschlusserklärung stärken unsere gewerkschaftlichen Forderungen an eine gerechte Gestaltung der Transformation im Sinne der Beschäftigten. Hier konnten wir als »Energiebezirk« unsere Expertise einbringen.



### DGB-Jugend zu Besuch in Israel

Nach einer längeren Pause konnte die DGB Jugend Nord 2022 endlich wieder einen Jugendaustausch mit den israelischen Gewerkschaften durchführen. Die Reise nach Tel Aviv fand im Juli statt.

Ein wesentlicher Schwerpunkt des Austauschs ist das Bewusstsein für die besondere Beziehung zwischen Israel und Deutschland, die untrennbar mit den Ereignissen der Shoah verbunden ist.

Der Bezirksjugendausschuss Nord hat im März 2025 beschlossen, die Austauscharbeit mit Israel gemeinsam mit der jungen GEW Hamburg in 2026 fortzusetzen.



### Regionen eng vernetzt mit polnischen und dänischen Kolleg\*innen

2023 hat der gewerkschaftliche deutsch-polnische Frauenrat sein 25-jähriges Bestehen gefeiert. Im Oktober 1997 wurde er unter dem Dach des Internationalen Gewerkschaftsrates (IGR) Pomerania gegründet.

Engagierte Kolleginnen des DGB aus Neubrandenburg und Stralsund und der NSZZ Solidarność aus dem polnischen Westpommern treffen sich regelmäßig, um grenzüberschreitende gewerkschaftliche Fragestellungen, die sich insbesondere auf die Arbeitssituation von Frauen in beiden Ländern beziehen

In Mecklenburg-Vorpommern bietet der DGB zudem unter dem Motto „Nachbarn und Kollegen – gleiche Rechte & gleiche Chancen?“ Beratung für deutsche und polnische Kolleg\*innen an.

### Besuch auch aus Österreich

Die DGB Region Schleswig-Holstein Nordwest steht im regelmäßigen Austausch mit dänischen Kolleg\*innen und lädt zu Workshops ein. Ziel ist es, die grenzübergreifende gewerkschaftliche Zusammenarbeit zu stärken.

Im Frühjahr 2024 besuchte uns im Bezirk eine Delegation des ÖGB Vorarlberg, um sich über unsere Arbeit zu informieren.

» **Die internationale Arbeit des DGB Nord geht weiter. Ob Jugend, Bezirk oder Regionen: Wir alle können unseren Beitrag leisten, damit gewerkschaftliche Solidarität nicht an Ländergrenzen aufhört.**

### Meilensteine

#### 2022

- BASTUN-Treffen in Tallin und DGB-Jugend Nord in Israel

#### 2023

- 111. Internationale Arbeitskonferenz der ILO in Genf und Feier: 25 Jahre deutsch-polnischer Frauenrat

#### 2024

- Besuch des ÖGB Vorarlberg im Bezirk

#### 2025

- Jährlicher Dänisch-deutscher Workshop der Region Schleswig-Holstein Nordwest: Gewerkschafts- und Betriebspolitik im Grenzland

## Zwischen Westküste und Flensburger Förde

An der Westküste startete mit der Windkraft die Produktion erneuerbarer Energien. Erneuerbare Stromproduktion prägt bis heute die Wirtschaft vor allem an der Westküste, insgesamt ist die Region aber wirtschaftlich breit aufgestellt ist. Die Nähe zu Dänemark prägt auch die gewerkschaftliche Arbeit.

### »In einem Satz«

Unsere Region ist vielschichtig, sowohl Urlaubsland als auch Standort von Industrie, Gewerbe, Handwerksbetrieben und breit aufgestellten Hochschulen zwischen Heide und Flensburg.



» Auch bei uns in der Region gibt es Nazis und Faschisten. Dieses Thema hat immer Priorität.

### Gabi, von deinem Büro aus bist du in fünf Minuten in Dänemark. Was teilt ihr mit den dänischen Kolleg\*innen?

Gabi Wegner: Wir treffen uns jährlich mit bis zu 60 Kolleg\*innen und tauschen uns zu den verschiedensten gewerkschafts- und sozialpolitischen Themen aus, von Arbeitszeiten, Arbeitsschutzfragen, Altenpflege und Gesundheitspolitik bis hin zu den Vor- und Nachteilen unserer sehr verschiedenen sozialstaatlichen Regulierungen. Ein wesentlicher Unterschied besteht dabei zwischen dem deutschen Zweiklassen-System im Gesundheitswesen und dem sorgenden dänischen Sozialstaat mit einheitlichen Leistungen für alle.

### Engagiert ihr euch auch in Sachen Guter Arbeit gemeinsam?

Aspekte dieses Themenfeldes spielen bei unseren Workshops mit den Kolleg\*innen von der dänischen Gewerkschaft 3F und mit dem Regionskontor in Padborg immer eine wichtige Rolle. Das Regionskontor, das gemeinsam mit der Region Sonderjylland-Schleswig betrieben wird, leistet im Übrigen mit seiner Grenzpendlerberatung auch hierzu hervorragende Arbeit und wird gern zu gewerkschaftspolitischen Veranstaltungen in der Region eingeladen.



### Wie ist die Region wirtschaftlich aufgestellt?

Die Region ist sehr groß und teilweise landwirtschaftlich geprägt. Wir haben immer noch eine gute Entwicklung in erneuerbaren Energien, aber auch einen kräftigen Chemiestandort, Werften, Metallindustrie, ein Technologiezentrum in Itzehoe, das auch von der Nähe zu Hamburg lebt, sowie mehrere – inhaltlich breit aufgestellte – Hochschulstandorte. Wir haben gleichzeitig sehr etablierte Gewerkschaftsstrukturen, die viel von der Arbeit unserer ehrenamtlichen KollegInnen leben.

### Was verbirgt sich hinter euren Flurgesprächen?

Das ist eines unserer zentralen Gesprächsformate. Wir laden dabei überwiegend zu uns ins Gewerkschaftshaus ein und thematisieren aktuelle Fragen der Region oder von grundsätzlicher politischer Tragweite. Das braucht relativ wenig Aufwand, ist kostengünstig und eigentlich immer gut besucht. Mit diesem Format holen wir uns die Leute ins Haus. Ganz wichtig dabei: Kein Flurgespräch ohne Imbiss.

### Worum geht es bei den Flurgesprächen?

Das kann alles sein, Kandidierenden-Runden zu den diversen Wahlen, aber auch Veränderungen bei der gesetzlichen Rente, psychische Belastung am Arbeitsplatz oder der Gender Pay Gap. Die Liste ließe sich beliebig erweitern.

## » Der wesentliche Erfolg besteht in einer guten und fortschreitenden Vernetzung mit den Akteuren und Initiativen in verschiedenen Bündnissen in unseren Landkreisen und in Flensburg.

### Was war besonders erfolgreich?

Zu Zeiten der Energiekrise nach Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine haben sie uns die Türen eingerannt, weil alle wissen wollten, ob sie morgen noch heizen können und wohin sich die Energiepreise entwickeln. Wir diskutieren aber auch, was vor Ort aktuell wichtig ist. Als die DIAKO Klinik hier in Flensburg kurz vor der Pleite stand und Massenentlassungen drohten, haben wir hier mit unseren Betriebsräten und insgesamt gut 60 Gästen mit daran gestrickt, das Krankenhaus zu retten und zu erhalten. Wir verlagern die Flurgespräche inzwischen auch mal nach außerhalb. Als es zum Beispiel um die Feuerwehr in Flensburg ging, haben wir uns dort vor Ort getroffen. Und ganz klar: Auch bei uns in der Region gibt es Nazis und Faschisten. Dieses Thema hat immer Priorität. Hierzu sind wir sowohl in den Medien als auch auf der Straße aktiv.

### Wie engagiert ihr euch da?

Wir gehen auf die Straße, in Bündnissen mit anderen Organisationen vor Ort in allen Kreisen der Region. Wir organisieren Veranstaltungen, zum Beispiel Lesungen mit JournalistInnen oder Diskussionen mit Politik und Verbänden. Und wir machen viel Öffentlichkeitsarbeit, um die Menschen

hier auf die Straße zu bringen und sich klar gegen rechts zu positionieren. Wir machen sehr viel, das ist auch ein Thema, das mich persönlich angreift. Ich bin ohne Wenn und Aber für ein AfD-Verbot. Für mich zählt kein verharmlosendes Argument dagegen. Mit Wahlergebnissen von 30 Prozent in manchen Bundesländern ist die AfD zu wichtig und zu gefährlich. Aus unserer eigenen Geschichte sollten wir wissen, wie gefährlich es ist, Rechtsextremisten zu verharmlosen.

### Wie äußern die sich vor Ort?

Wir haben hier oben relativ gesehen Glück. Die AfD ist in Schleswig-Holstein nicht im Landtag und auch sonst nur relativ dünn vertreten. Aber wir haben eine völkische Tradition aus der Nazi-Zeit, die bis heute gehalten hat. Und aktuell wird es auch hier oben schlimmer. Die Bauern hängen hier auch schon mal Galgen mit der Fahne der Grünen an den Ortsausgängen auf.

### Was ist für dich euer größter Erfolg in den vergangenen vier Jahren?

Das eine tollste Projekt gibt es nicht. Vielmehr besteht der wesentliche Erfolg in einer guten und immer weiter fortschreitenden Vernetzung mit den unterschiedlichsten Akteuren und Initiativen in verschiedenen Bündnissen in unseren drei Landkreisen und in Flensburg. Im Mittelpunkt steht dabei nach wie vor das in die Zukunft gerichtete Thema »Demokratiebündnisse voranbringen«. Ganz aktuell bringen wir gemeinsam mit zahlreichen Akteuren hier in Flensburg einen runden Tisch gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit auf den Weg.

### Welche Veranstaltungsformate laufen besonders gut?

Neben den bereits angesprochenen Formaten organisieren wir gemeinsam mit dem DGB Rechtsschutz seit langem für unsere ehrenamtlichen Arbeits- und Sozialrichter\*innen zweimal im Jahr ein Samstagseminar zu aktuellen Themen der Rechtsprechung in diesem Bereich. Das gestalten wir immer unterhaltsam und mit viel Raum für Diskussionen. Da kommen immer über 40 Leute aus den Betrieben, das ist auch ein schöner Erfolg.

Danke für das Interview, Gabi Wegner.



## **Impressum**

**Herausgeber:**

Deutscher Gewerkschaftsbund  
DGB Bezirk Nord  
Besenbinderhof 60  
20097 Hamburg  
nord.dgb.de

**Verantwortlich:** Laura Pooth

**Redaktion:** Felix Hoffmann, Nina Deicher, Tuul Enkhbat, Thomas Ritter  
**Text:** Jörn Breiholz (gewerkschaftsreporter.de)

**Gestaltung/Druck:** drucktechnik-altona.de

**Fotos:** DGB Nord

Oktober 2025